

**Gelehrter Rath**  
nachdem mit Ansehen  
der Bonn- und Straßburg.

**Abonnementpreis**  
monatlich 60 Pf.  
vierteljährlich 1.50 Pf.  
jährlich 5.00 Pf. bei  
Voranzeige, frei bei  
Nachnahme, Porto  
1.00 Mk. zuzü. Postgebühren.

**Die neue Welt**  
(Unterhaltungsbeilage)  
nachdem die Post nicht  
besteht, kostet monatlich 10 Pf.  
vierteljährlich 30 Pf.

Salomon Nr. 1047.  
Telegraphen-Nr. 1047.  
Verkaufsstelle: Halle a. S.

# Sozialstaat

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Duerfurt, Delitzsch-Bitterfeld,  
Baumburg-Weißenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga  
und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

**Informationen**  
über die  
Partei  
über den  
Eintritt  
über die  
Eintragung  
über die  
Eintragung

## Vorwärts im Wahlrechtskampf!

Eine flammende Kampfeslundgebung der preussischen Sozialdemokratie.

### Der sozialdemokratische Preussentag

in Berlin verhandelte am Dienstag nachmittag seinen wichtigsten Punkt der Tagesordnung:

#### Die Wahlrechtsfrage

und fand dafür in Vortrags- und Verhandlung den treffendsten Ausdruck prächtiger Kampfesstimmung. Am und im Laufe ist es, dem Ziele ein millionenfaches Echo zur Teilbereitschaft folgen zu lassen und uns für große Kampfstage zu rüsten.

#### Die Revolution.

Bei der Revolution des Referenten lautet:

Die Wiedereröffnung des preussischen Dreiklassenparlamentes und angeht die Tatsache, daß die vor wenigen Tagen veröffentlichte amtliche Statistik über die Landtagswahlen von 1908 von neuem erweist hat, in wie unerhörter Weise das preussische Proletariat durch das „Ebenbürtige aller Wahlsysteme“ entrechtet und geteilt ist, erneuert die Vertreter der sozialdemokratischen Partei Preussens die früheren Beschlüsse, die eine planvolle und energische Bekämpfung des Dreiklassenwahlrechts gebietet.

Die Entschlossenheit, den Wahlrechtskampf mit äußerster Tapferkeit und freudigem Eifer zu führen, ist uns so gelohnt, als die reaktionären Parteien angeht die der angelegentlichsten Einbringung einer Wahlrechtsvorlage den rücksichtslosesten Kampf für möglichst ungeschmälerte Erhaltung ihrer Wahlprivilegien führen, dagegen die angehenden Vertreter des allgemeinen und gleichen Wahlrechts, Zentrum und Freisinnige, durch eine unklare und zweideutige Haltung bewiesen, wie wenig ernst es ihnen mit ihren Forderungen ist. Dazu kommt, daß der neue preussische Ministerpräsident, Herr von Bethmann Hollweg, nicht der Mann ist, der dreiten preussischen Junkerklasse veraltete Vorrechte ernsthaft kretzig zu machen, deren sie zur Aufrechterhaltung ihrer Klassenmacht bedarf.

Die bürgerliche Presse hat bereits unvorsprochen verkündet, daß die am Wite Januar 1910 zu erwartende „Wahlrechtsvorlage“ das Dreiklassenwahlrecht beibehalten und weder die geheime, noch die direkte Wahl bringen soll. Die einzigen „Reformen“ sollen eine Abänderung der Bestimmungen über das System der Klassenwahl und eine andere Einteilung der Wahlkreise sein. Sollten diese Mitteilungen wirklich den Absichten der Regierung entsprechen, so würde eine solche Vorlage nichts anderes sein, als die schroffste Verhöhnung der Wahlrechtsforderungen des Volkes! Eine solche „Wahlreform“ würde auch mit den Wahlrechtsforderungen der Thronrede unvereinbar sein!

Jedenfalls aber muß das preussische Volk rechtzeitig darauf vorbereitet werden, daß die preussische Regierung in ihrer Wahlrechtsvorlage abermals die Wünsche des Volkes völlig mißachtet wird!

Angeht die der dem ganzen preussischen Volke mit Ausnahme einer kleinen Schar privilegiierter Ausländer und Pfänder des Dreiklassenwahlrechts durch diese neue Verfassung seiner gerechten Forderungen angehen Schmach erklärt der Parteitag der Sozialdemokratie Preussens: Nur die Gewährung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für alle über 20 Jahre alten Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts auf Grund der Verhältniswahl kann die Empörung des Volkes beschwichtigen.

Preussen, die Vormacht im Deutschen Reich, hat die Pflicht, den übrigen Bundesstaaten durch ein modernes Wahlrecht richtunggebend voranzugehen, statt durch sein jetzt schon in sechente Jahrzehnt künstlich hindergeschlepptes Wahlrecht ein von allen Kulturvölkern verachtet und verpöchtetes System zu liefern.

Die Sozialdemokratie Preussens erklärt, daß die Schande und Ungerechtigkeit des Dreiklassenwahlrechts nicht länger erträglich ist; sie fordert deshalb die preussische Regierung und die Parteien des preussischen Landtags auf, das Wahlrecht von 1890 durch ein wirkliches Wahlrecht zu ersetzen.

Die preussische Sozialdemokratie wird mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln einem solchen Wahrtag

die Bahn brechen, eingeben der historischen Lehre, daß überlebte Staatseinrichtungen zusammenbrechen müssen, sobald eine entschlossene und opferbereite Volksmehrheit den Kampf gegen das Unrecht aufzunehmen bereit ist.

Um einen solchen Wahrtagsturn nicht nur in Preussen, sondern in ganz Deutschland zu entfesseln, beauftragt der Parteitag die preussische Parteileitung, ungesäumt alle Vorträge zu treffen, die geeignet sind, den realitätsnahen Widerstand zu brechen.

Vorhergehender Singer: Einem mehrfach gekürzten Wunsch gemäß ist telegraphisch an unsere Landtagsfraktionen in den übrigen deutschen Staaten die Aufforderung ergangen, sich bei diesem Punkt der Tagesordnung, der Verhandlung der Wahlrechtsfrage, hier betreten zu lassen. Die Landtags- bzw. Bürgerfraktionen von Württemberg, Baden, Hessen, Oldenburg, Bremen, Hamburg und Lübeck haben der Einladung Folge geteilt. Umständlicher hat sich die bayerische Landtagsfraktion nicht betreten lassen können, aber sie hat uns die besten Wünsche und die Versicherung freudigster Sympathie gesandt. Von Sachsen ist noch keine Antwort da. Das Erscheinen der Vertreter der verschiedenen Landtagsfraktionen, die sich hier herzlich willkommen heißen, zeigt, daß mit welcher Aufmerksamkeit das gesamte deutsche Proletariat den Kampf des preussischen Proletariats um die Aufhebung des unanständigen Wahlrechts (lebh. Zuff.) verfolgt. Da Preussen das Bollwerk der Reaktion in Deutschland ist, so bedeutet der Sturz der Junkerfraktion in Preussen die Befreiung ganz Deutschlands. Die Genossen in den anderen Staaten werden uns nicht nur mit ihren Sympathien zur Seite stehen, sondern dieselbe Forderung, die die preussische Sozialdemokratie durchzuführen das unverrückbare Gelübde abgelegt hat, ihrerseits mit allen Kräften propagieren. (lebh. Weisfall.)

Hilfenbrand Stuttgart: Der preussische Parteitag im Namen des Landesparlaments und der sozialdemokratischen Landtagsfraktion Württembergs, auch der Fortschritt unseres württembergischen Volkswahlrechts ist abhängig von der Demokratisierung des Reiches Preussen. Die entscheidende Schlacht in dieser Frage muß bei den nächsten Neuwahlen zum preussischen Landtag geschlagen werden. Heraus mit den Junkern aus dem preussischen Landtag! wird die Parole sein. Der Weg, den uns das Volk gewiesen hat, wird und muß zu immer neuen Siegen führen. (Wabul.)

Heißfle-Mannhelm überbringt die Grüße der badischen Genossen. Das große Preussen sollte sich schämen, sich so von den kleinen jüdischen Staaten in den Schatten stellen zu lassen. Wir Badenier besitzen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zum Landtag, für das sich zuletzt sogar unsere Rationalisten, die freilich immerhin nicht mit den preussischen Junkern zu vergleichen sind (Zuff. u. Hstl.), erklärt haben. Die Erringung des proportionalen Wahlrechts ist die nächste Etappe. Wir haben lebhaften Anteil an dem Kampf der preussischen Genossen um die Freiheit der Straße genommen. Auch in Mannheim und Karlsruhe wurden Straßenmärsche veranstaltet. Das preussische Proletariat wird in dem Kampfe nicht erlahmen. Hat doch auch das badische Proletariat 20 Jahre um sein Wahlrecht kämpfen müssen. Der Tag wird kommen, wo auch die preussische Reaktion vor dem preussischen Proletariat die Fahne senkt, und wo auch dem preussischen Proletariat das Staatsbürgerrecht gegeben wird, das das Proletariat anderer Länder längst besitzt. (Wabul.)

Der Hessen überbringt die brüderlichen Grüße der heffischen Sozialdemokratie. Die heffische Sozialdemokratie ist nicht nur Kampfesgenosse, sondern bis zu einem gewissen Grade auch Lebensgenosse der preussischen Sozialdemokratie. Die herrschende Klasse in Hessen hat Preussen abgedankt, wie es sich räuspert und wie es pufft. Gewählten sozialdemokratischen Kommunalbeamten versagt man die Befähigung und eben ist man dabei, uns mit dem pluralen Wahlrecht zu belästigen und einem großen Teil des heffischen Volkes das Wahlrecht überhaupt zu rauben. Daher beschließen wir mit besonderem Interesse die Kämpfe des preussischen Proletariats und wir sind zum Teil in seine Fußstapfen getreten. Auch wir haben vom Reich der Straße Gebrauch gemacht und sind dem Großherzog auf die Wade getritt. Wenn unter Wahlrechtsdemonstration nicht so einrückend vor, so liegt das daran, daß wir bisher noch keine Berliner Polizei in Darmstadt haben. (Zuff.) In Hessen setzen wir so recht, wie nach Singers Wort von der reaktionären Vormacht Preussens ist. Es ist der Kampf des ganzen deutschen Proletariats, den das preussische Proletariat kämpft. (lebh. Weisfall.)

Schulz-Oldenburg: Auch auf Oldenburg drückt der Geist des preussischen Junkertums, wenn auch immerhin unter Wahlrecht turnhoch über dem elenden preussischen Reich. (lebh.

Zuff.) So gratulieren wir denn dem preussischen Genossen zu ihrem prächtigen, wenn auch opferreichen Wahlrechtskampf. Das freie Wahlrecht sei das Zeichen! (lebh. Weisfall.)

Parteis überbringt die Grüße der sozialdemokratischen Fraktion der Hamburgs Bürgerfraktion. Die plutokratische Republik Hamburg ist ein ebenso reaktionärer Staat wie die monarchistische Nordmarken. Die Hälfte der Bürgerfraktion wird ausschließlich von den Privilegierten gemacht; die andere Hälfte geht aus Klassenmassen hervor. Hält das Dreiklassenwahlrecht Preussens, so ist überall die Bahn frei für ein besseres Wahlrecht, und so stimmen wir mit den preussischen Genossen in den Ruf ein: Nieder mit dem Dreiklassenwahlrecht! (Weisfall.)

Ein begrüßt den Parteitag namens der Genossen in der Bremer Bürgerfraktion. Das angeblich liberale Bremen läßt sich von dem großen reaktionären Bruder Preussen völlig im Schleppland nehmen. Die bremische Arbeiterfraktion aber blüht mit wahrer Sympathie auf den preussischen Wahlrechtskampf, der auch zur Befreiung der bürgerlichen Klassenfraktion in unserem Staatssystem führen wird. (lebh. Weisfall.)

Hartig überbringt die Grüße der Parlamentarier der kleinste Republik Deutschlands, Lübeck. Der Sturz des preussischen Dreiklassenwahlrechts wird auch das Ende der staatsbürgerlichen Unterdrückung der Lübecker Arbeiter bedeuten. (lebh. Weisfall.)

#### Die Wahlrechtsfrage

Das Referat zur Wahlrechtsfrage. Wir scheinen am Vorabend einer preussischen Wahlrechtsreform zu stehen. Möglicherweise ist die sogenannte Wahlrechtsreform noch vor den nächsten Wahlen unter Dach und Fach. Die Thronrede hat die Regierung doch allzu sehr festgelegt und die Nichterfüllung des Versprechens in der Thronrede würde eine außerordentlich schlimme Lage für die Krone sein. Der Führer der Krone hat die Wahlrechtsreform als eine der wichtigsten Aufgaben der Regierung bezeichnet. Die Junker haben ihr monarchisches Gehör schenken lassen und ihre besonders ihre Auffassung vom deutschen Manneswert durch unüberhörliche Aufreißung des Königs um Wortbruch dokumentiert. Diese nichtwürdigen Zumutungen charakterisieren

das besondere Charakteristik unserer „Besten und Besten“ und den mahren sittlichen Gehalt ihrer privilegierten Königs-treue bis auf die Knochen. Nicht einmal die persönliche Ehre des Trägers der Krone ist vor den Zumutungen und Verdächtigungen der konservativen Leitbarkeiten sicher. Wir denken nicht daran, an dem Königswort zu heulen, wir legen auch nicht mehr hinein als darin steht. Es wird darin eine Wahlrechtsreform verprochen, aber

von allgemeinem, gleichem Wahlrecht ist keine Rede, sondern nur von einer organischen Entwidlung des Wahlrechts. Es ist sehr wahrnehmbar, daß die preussische Wahlrechtsreform vor den nächsten Reichstagswahlen zum Abschluß gebracht werden soll. Es würden also nur noch die beiden Sitzungen 1910 und 1911 dafür in Betracht kommen. In der Tat scheint die Vorlage bereits in dieser Session dem Landtage unterbreitet werden zu sollen. Man will wohl durch eine mögliche Befähigung verhindern, daß die Wogen der öffentlichen Erregung allzu hoch gehen. Bekanntlich ist kürzlich die Statistik über die letzten Landtagswahlen erschienen, die auf das Material enthält, das die Regierung zur Ausarbeitung einer Vorlage für nötig erklärt hat. So wird denn wohl die Vorlage in den nächsten Tagen herauskommen. Wir müssen uns also

beizeiten auf den Kampf einrichten. Natürlich wäre es für die Führung des Kampfes von größter Wichtigkeit, wenn wir die Absichten der Regierung bereits kennen würden. Aber die Regierung läßt sich in ein geradezu handlungsloses Stillstehen fallen. Sehr auffällig ist es, daß die Statistik sich bemüht, alle Ungleichheiten des elendesten aller Wahlsysteme

zu beschönigen und hinstreift zu finden. Davon, daß 1908 von 100 Wählern 84% der dritten Klasse angehörten, während es 1903 87% waren, wird ein großes Aufsehen gemacht und die Deutsche Tageszeitung spricht auf Grund dieser Zahlen sogar von einer „Demokratisierung des preussischen Dreiklassenwahlrechts“. (Gr. Hstl.) Dabei gehörten doch 1895 sogar noch ganze 1 1/2 Wähler mehr als im genannten Jahre 1908 zur ersten und zweiten Klasse. In der Statistik befindet sich eine eingehende Darstellung der Übergänge der Steuerleistung in der dritten Klasse, sowie des Durchschnittssteuerbetrags in der zweiten Klasse der Neuwähler. Das deutet auf besondere, unklare, zu erwartende Schwierigkeiten hin. Wir können ganz gewiß, daß die Wahlrechtsvorlage ein erhebliches Stillsitzen sein wird, nichts als

ein Dahn auf die Wahlrechtsforderungen des Volkes. (Sehr richtig!) Die eine Tatsache, daß die sozialdemokratische

Partei mit 600 000 Wählern nur sieben Abgeordnete, die freisinnige Partei mit 60 000 Wählern 63 Abgeordnete hat, genügt zur Charakterisierung dieser Art von Wahlen. Jeder Freisinnige hat also durchschnittlich

**hundertmal soviel Wahlrecht wie ein Sozialdemokrat.**  
Die beiden konserverativen Fraktionen haben zusammen bei 410 000 Wählern 212 Abgeordnete, während sie bei proportionalen Verteilung nur 74 haben dürften. Und das sogar bei der besten Verteilung! Die unglückliche Fälschung des Wahlsystems ist übrigens nicht nur eine Folge des Dreiklassenwahlsystems, sondern auch

der haarsträubendsten Wahlkreisgeometrie.  
Eine Million Wähler läßt sich auf industrieller Wahlkreiseinteilung durch 20 Abgeordnete, 174 000 Wähler kleiner Wahlkreise ebenfalls durch 20 Abgeordnete vertreten. So ergibt sich, daß ein Wähler erster Klasse in Schweden 150 mal soviel Wahlrecht hat als ein Berliner Wähler dritter Klasse. Bedingt durch die Wahlkreiseinteilung haben die Konserverativen doppelt soviel Wahlrecht als die Freisinnigen und dreimal soviel als die Sozialdemokraten und ein Schürzenstreifer Landwirt zehnmal mehr Wahlrecht als ein Arbeiter von Alford oder ein Bürger von Schöneberg. Nur eine grundsätzliche Reform, die Einführung des

**allgemeinen gleichen Wahlrechts**  
mit gleicher Verteilung, und zwar des Wahlrechts für beide Geschlechter, könnte allein diese Ungerechtigkeiten beseitigen. Aber die Regierung denkt nicht daran. Sie ist abhängig von Junkern und Großkapitalisten ob nun der Schürzenstreifer Bäcker oder der Philosoph Weismann an der Spitze steht. Wir haben doch gehört, wie sich der Philosoph P. Weismann über das Reichstagswahlrecht äußerte. „Das Reichstagswahlrecht für Preußen ist für die Staatsregierung unannehmbar... Wir brauchen nicht jede politische Aktion abhängig machen von ihren Wirkungen auf die Sozialdemokratie. Kräfte, die im Volke noch nicht erhoben sind, werden sich mit Unwillen ab von einer Bewegung, die schließlich alles Menschliche zu vernichten trachtet, weil ihr nichts Menschliches mehr heilig ist... Diese Bewegung will ihre Macht etablieren auf den Fundamenten des Volkes und des Zerfalls der Kräfte, die dieses Treiben fast hindern, wie die Zukunft gebären.“

Der Weisling ist einmal dummd, aber soviel geht aus dem Auserwähltest hervor, daß der Philosoph Weismann sein wird und sich gegen die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts mit allen Kräften sträubt. Wie anders liegen da die Dinge in Österreich, wo Kaiser Franz Joseph in einer bedeutungsvollen Rede die Einführung des allgemeinen Wahlrechts empfahl. In Preußen aber will man das Volk nicht mündig sprechen, sondern will es unwürdiger Unmündigkeit erhalten, auf daß es nach wie vor mit geknechteten Händen den Junkern preisgegeben werde. (Weh! Au!) Von denselben Gefühlen wie die Regierung ist der Landtag befehl, das Dreiklassenwahlrecht wie natürlich auch das aus der geborenen und anerkannten Gelehrter, das das Volk freilich einmal eine verbürgte und entwürdigte Beteiligung gemacht hat. Wir dürfen uns keine Illusionen machen, auf ein parlamentarisches Preußen ist weder eine Verbesserung des Reichstagswahlrechts auf Preußen noch auch die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts zu erwarten.

**Nun zur Stellung der Parteien.** Ueber die Stellung der beiden konserverativen Fraktionen sind keine Worte zu verlieren. Aber auch Zentrum und Nationalliberale sind äußerst unglückliche Antagonisten. Als der Reichstag während der letzten Wahlrechtskampagne gegenüber dem Bündnisfähigen die Politik des entschiedenen Klassenkampfes für geboten und erfolgreichend bezeichnete, ließ er auf Widerspruch. Gemotzt Weismann spricht in den Sozialistischen Monatsheften von wünschenswerter Verbindung von parlamentarischer und innerparlamentarischer Strategie. Hier er beschreibt sich wieder eine innerparlamentarische Strategie denn doch alsbald. Ganz richtig kennzeichnet Weismann das

versteckte Spiel des Zentrums und der Nationalliberalen. Das Zentrum erklärt sich für das gleiche Wahlrecht, lehnt aber die Neuenteilung der Wahlkreise ab, die Nationalliberalen wünschen die Neuenteilung und lehnen das gleiche Wahlrecht ab und so werden die Wähler um beides geprellt. Nun meint Weismann, man könne diesem Schauspiel ein Ende machen, wenn man die Freisinnigen veranlaßt, daß sie auf die nationalliberalen Vektoren im Sinne einer Unterstützung des freisinnigen Antrags auf Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen einwirken. Dann werde das Zentrum seinen Widerstand mehr wagen. Wir scheint denn doch, daß diese Auffassung Weismanns, die von dem Optimismus Weismanns über das überboten wird, gar zu naiv sei. Nach am 20. Januar 1900 hat sich der nationalliberale Wortführer Dr. Friedberg

gegen Verbesserung des Reichstagswahlrechts auf Preußen ausgesprochen. Und da erwartete Weismann den „Einspruch“ der Freisinnigen die „Behauptung“ der Nationalliberalen zum Reichstagswahlrecht für Preußen, falls die Nationalliberalen dafür die Neuenteilung der Wahlkreise dem Zentrum bewilligt erhalten. Ich fürchte, daß selbst um diesen Preis die Nationalliberalen nicht für das Reichstagswahlrecht in Preußen zu haben sind. Für das gleiche Wahlrecht hat sich Dr. Friedberg allerdings ausgesprochen, aber nicht einmal im Namen der Gesamtheit der Partei. Die Nationalliberalen werden uns nicht den Gefallen tun, für das Reichstagswahlrecht in Preußen einzutreten. Die Strategie des Genossen Weismann erledigt sich also selbst.

Ein anderes Mittel besteht in der Auffklärung der Zentrumswähler über das Wesen ihrer Partei. Eine solche Auffklärung ist sehr nützlich und verursacht dem Zentrum argere Sorgen, als Weismann meint. Haben doch die fünf Arbeiterdirektoren im Zentrum nicht genug, gegen die Neuenteilung der Wahlkreise zu stimmen. Kaufmänner meint nun, man solle nicht immer den guten Glauben der Gegner zweifeln. Aber man sollte doch bedenken, daß die Beweise für die Feindseligkeit des Zentrums geradezu massenhaft vorhanden sind. Ich verweise auf die 14 Wahlrechtsgegner in der preussischen Zentrumsfraktion, auf das häufige Eintreten von Zentrumspolitikern in den Zentrumskreisen für ein häßliches Wahlrecht, auf das Verhalten des Zentrums gegen Weismanns Teilung der Wahlkreise, diese Vorbedingung für ein wirklich gleiches Wahlrecht, auf das Bündnis des Zentrums mit den ersten Wahlrechtsfeinden, den Konserverativen. Wir verdächtigen also Zentrum und Freisinnige nicht, sondern haben vollständiges Material über ihre zweifelhafte Stellung zu dem Wahlrecht. Gewiß wollen wir im Einklang mit dem Genossen Weismann

keine Straßensubstanten lassen, und bedienen uns auch der Ausdeutung der Intellektuellen im Tageblatt, ohne diese Ausdeutung irgendwie zu überhäufen. Mit der Darlegung der Ungehörigkeit des Wahlrechts wird man auf die Wahlkreiseinteilung hinweisen können, als mit einer langen Depressionsliste von Professoren

und Juragraden, unter denen wenigstens einige, wie Professor Biermer in Gießen, nicht für das Reichstagswahlrecht sind. Biermer meinte, je freier das Wahlrecht ausgestaltet werde, desto größer würden die Einbußen der Liberalen sein. So bezeichnet denn auch die Nationalregierung den Vorschlag des Zentrumswahlrechts als eine Utopie und die Postbotezeitung weist auf den Gedanken eines Wohlwills für das Reich und der nationalliberalen Abgeordnete Schlichting hin, die getrennte Klassenwahl nach Art der Kommunen auf Preußen zu übertragen. Die freisinnige Bewegung mündet sich gegen die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf die Einzelstaaten, denn das würde heißen, die Handhabung der Sozialdemokratie auszuliefern. Wir brauchen doch nicht leichtgläubiger zu sein als der bekannte Herr v. Böttich, der aus sehr guten Gründen die Ehrlichkeit der freisinnigen Wahlrechtsforderungen bezweifelt. Was all dem entspricht sich

**aus einem Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht keine Rede sein kann.**

Die kleine Landtagsfraktion wird, soviel aber so wenig Takt sie dazu hat, mit eifrigem Bemühen der parlamentarischen Strategie obzuliegen versuchen, aber wir dürfen nicht glauben, daß wir dadurch besonders viel ausrichten werden. Die Partei darf sich nicht einseitig und allein auf die Agitation im Lande und unter den Massen verlassen, es gilt

**eine Volksbewegung größten Stiles**  
auf den Plan zu rufen, sonst werden die Entschieden Kluglich enttäuscht und betrogen werden. Die Freisinnigen haben ja immer zu verstehen gegeben, daß sie zwar das Reichstagswahlrecht für Preußen fordern, aber auch mit einer Abschlagsgesetzgebung zu Friede sein werden. Diese freisinnige Taktik der Abschlagsgesetzgebung

**als Taktik des Wahlrechtskampfes**  
mit aller Schärfe getrandelt werden. Jede Teilreform wird einer Verharmlosung des Wahlrechts sein. Gewiß ist jeder, auch der kleinste, Wahlrechtskämpfer willkommen. Aber jedes Wahlrecht, das der Volkswahlrecht nicht auch die parlamentarische Mehrheit sichert, ist schließlich nur ein Scheinwahlrecht.

hinter dem sich der freie Trost der Privilegierten verbirgt, die da sagen: Laß schwagen, laß kritisieren, wir machen schließlich doch, was wir wollen.  
Vollends das winzige Teilreformchen, das die Regierung augencheinlich offerieren will, kann nicht einmal als vernünftige Abschlagsgesetzgebung angesehen werden. Im Gegenteil! Sinnlich unter der angeblichen Reform sogar eine Verschlechterung des Wahlrechts.

**ein Schluß gegen die Arbeiterklasse**  
verborgen. Unter dem Vorwand, gewisse bekannte Überreste des jetzigen Wahlsystems zu beseitigen, kann man die Klaffen-einteilung ändern und, wie ja auch die Volkswahlrecht Bewegung wünscht, die Dreiteilung auf den ganzen Wahlkreis ausdehnen. In Berlin würden dadurch ein paar Bourgeois aus der dritten Klasse herausgehoben, dafür aber um so mehr Arbeiter, Handwerker und kleine Geschäftsmänner in die dritte Klasse hineingeworfen werden und dem Proletariat künftig jeder Wahlerfolg unmöglich gemacht werden. Mehrfache Erfolge würden der Gegner mit der Behauptung eines bestimmten Zensus, etwa wie vorgeschlagen 2400 Mk. für die zweite Klasse erzielen. Gerade die konsequente Durchführung der Klaffen-einteilung in den drei Abteilungen, die schwebende Konfession an den Mittelstand, würde fast überall den Fall einzutreten lassen, daß die erste und zweite Klasse mit ihrem ¼ der Wähler die ¾ der Wähler dritter Klasse niederstimmen. Es wäre die Vollendung der bruttalen Entwürdigung der großen Volksmasse. Die Sozialdemokratie, wie überhaupt jeder ernsthafte Wahlrechtskämpfer, müssen daher alles aufbieten, um die Vereinzigung dieser Entwürdigung zu beseitigen. Die Wahlrechtsreform darf nicht nur der Umkehr des Wahlrechts abhängig, sondern ein Wahlrechtskämpfer muß im Lande entsetzt werden. (Weh! Sehr richtig!) Alles Scherzwerk darf nur

ein Vorspiel sein für den bevorstehenden Wahlrechtskampf. Auch die härteste Regierung mit einem Philosophen und Uebermenschen an der Spitze kann auf die Dauer nicht dem ausgedehnten Willen der Massen Trotz bieten. Die Herrschenden trösten sich bisher damit, daß die Sozialdemokratie nur 25 bis 30 Prozent der Wählerstimmen im Reich auf sich vereinen kann. Man bezeichnet sie als „niedergeritten“ und mer im Sattel gilt. Es gilt

**die gesamten Preiten Schichten des Volkes,**  
die mehr als 80 Proz. betragen, aufzurütteln, und der Armee der Wahlrechtskämpfer zuzuführen. So kann es gelingen, Zentrum und Freisinnige nicht vorwärts zu loden oder vorwärts zu scheitern, sondern vorwärts zu peitschen. Dem Zentrumsführern ist nicht zu trauen. Sie und mehr noch ihre lieben Verbündeten, die Konserverativen, sind die Hauptnieder der jetzigen Bundes. Über die Worte der Zentrumswahlrechtsgegner, Zentrumswahlrechts, der die Arbeiterklasse gegen nicht für die Zentrumswahlrechte. Die Arbeiterführer im Zentrum sind freilich auch nicht zuverläßig; sie stehen im Konflikt der Anschauung der herrschenden Klassen, wenn es natürlich auch plumpe Psychologie wäre, von Weisung zu reden. Durch

**die Arbeitermassen unter den Zentrumswählern**  
müssen die ultramontanen Arbeiterführer vordrängungsgezielt werden. Im Oktober 1900 haben wir das Schauspiel erlebt, daß auf dem christlichen Arbeiterkongreß ein Antrag auf Besetzung des Dreiklassenwahlrechts durch die Herren Giesberts, Behrens und Schäd besetzt wurde, weil der Kongreß „sein politischer“, sondern ein „Arbeiterkongreß“ wäre. (Weiterleil.) So widerlegten sich die christlichen Arbeiterführer dem Verhalten der Arbeiter, das Zentrum zu einer klaren Stellungnahme zu veranlassen. Nur die Aufzüttelung der Massen kann hier helfen. Bringen wir

**die Liberalen im Lande**  
und die Zentrumswähler ins Feuer, dann müssen auch die Fraktionen im Abgeordnetenhaus, deren Ziele das Reichstagswahlrecht ist, werden diese Parteien stark kontrollieren. Für den Freisinn wäre es höchste Zeit, jetzt endlich einmal eine Wahlrechtsreform einzusetzen zu lassen. Er kann nur gewinnen bei einer Entseftung der Kräfte der Demokratie. In zahlreichen Kreisen kann er mit unserer Hilfe über die Reaktion siegen. Aber hat denn verbündet er sich mit den verhassten Wahlrechtsgegnern und hat allein in Preußen bei den vorigen Landtagswahlen 12 Konserverativen zum Siege verholfen. (Wuh!) Anträge liegen vor, welche die Anwendung der schärfsten Mittel im Wahlrechtskampfe fordern. Streikendemonstrationen und der politische Streik werden empfohlen. Wenn eine Resolution von der Empfehlung dieser Mittel absteht, so bedeutet das nicht einseitig, sondern einseitig, die Partei sind entschlossen, auch von den äußersten Mitteln Ge-

brauch zu machen, wenn die Situation es erfordert.“ (Weh! Weh!) Aber natürlich hängt alles von dem Grade der Entschlossenheit der Massen ab. Unsere Wahlrechtsforderungen sollen gewiß nicht im Vergleich von Blut und im Vertrauen von Berufskollegen bestehen. Niemand hat das Recht, die Wahlrechte demokratie zu haben, die Blut bezogen haben, und bei der Veräußerung fremden Eigentums hatten sie das Recht ihre Hände im Spiel. Allen Schwierigkeiten zum Trotz

**gehen wir wieder auf die Straße,**  
wenn es der Augenblick fordert. Unsere historische Aufgabe ist ungeheuer schwierig, aber auch ungeheuer banal. Der Sozialdemokratie ist die Führung zugesellen in einem Kampfe für alles, was Kultur- und Menschheitsfortschritt bedeutet. Die Würdigungserklärung des Volkes, die Erhebung der Frau zur gleichberechtigten Bürgerin, die Befreiung aller sozialen Unterdrückung ist unser Kompaß bei unserem Wahlrechtskampf. Führen wir ihn mit leidenschaftlicher Energie und äußerster Entschlossenheit. Führen wir ihn so, daß jeder auf seinen Mann

**„Vorwärts, vorwärts, immerfort, Vorwärts“**  
brüllen darf das folgende Wort:

**„Stürmischer Beifall und Handklatschen.“**  
Auf Antrag von W. K. (Siedl.) beschließt der Parteitag einstimmig, in die Debatte über die Wahlrechte und die Wahlkreiseinteilung zu führen, bis die Stunde zur Beschlußfassung und ohne Debatte einstimmig die Resolution Erteilt an.  
Vorlegend: Singer: Unser Beschluß tut den unerschütterlichen Willen der preussischen Arbeiterklasse kund, die Wahlrechtsforderung zu führen und zu kämpfen, bis der Sieg des allgemeinen, gleichen, geheime und direkten Wahlrechts in Preußen erreicht ist. (Stimm. oft wiederholter Beifall.)

## Der „Wahlreform“-Skandal.

**Der Terror der öffentlichen Stimmgebung.**

Eine preussische Wahlrechtsvorlage kommt! Selbst die Kreuzzeitung nimmt das jetzt als unabänderliche Tatsache hin, in dem sie schreibt:

In der ganzen Sache wird die Statistik jetzt wohl ihr letztes Wort gesprochen haben; das weitere wird der Gesetzgeber zu sagen haben. Wir werden die allem Anschein nach kommende Vorlage... mit gebührendem Respekt und auch mit Vertrauen entgegennehmen und prüfen, freilich ohne vorher auf sachliche und freimütige Kritik zu verzichten.

Zur Kritik wird aber der Kreuzzeitungslingel, wie es scheint, nicht allzu viel Anlaß haben. Denn einseitigen wird als einziges Ergebnis der im Ministerialrat sowie zwischen Senate und Ministerpräsidenten gepflogenen Beratungen das „einmütige“ Befehlens der Minister an der öffentlichen „Bestimmung“ in Aussicht gestellt. Das öffentliche Wahlrecht ist eine öffentliche Anleihe; für diese öffentliche Anleihe sind die Freiherren und geistlichen Herren Knebelmann, Schumann, Erdmann, Armig, Weiser, Weidenbach, Troll zu Holz, Wollste beigesteuert, sogar einmütig beigesteuert. Wer wundert sich darüber?

Wie die öffentliche Wahl recht, hat man ja eben wieder in Kattowitz gesehen. Man zwingt die Beamten zur Wahl zu gehen, wählen sie aber nicht wie die Vorgesehnen wollen, dann werden sie gefesselt, gemahregelt und strafbar. Wie die Germania mitgeteilt weiß, hatten vier gemahregelte Lehrer in Kattowitz in einer Audienz beim Regierungspräsidenten geltend gemacht, daß sie nach einer Lokalwahlbestimmung der beiden politischen Kandidaten diese für weniger tauglich gehalten hätten, als die Liberalen. Und was erhielten sie darauf zur Antwort? Der Herr Präsident sagte, nach dem Bericht des Zentrumskommissars, wörtlich: „Sie mußten den Kreiswahlinspektor fragen, wie Sie wählen wollten.“

Also der Kreiswahlinspektor, der Landrat, der Gemeindevorsteher haben zu bestimmen, wie gewählt werden soll, und „wer nicht pariert, der scheidet“. Das ist das Wesen der öffentlichen Bestimmung, und wenn die preussischen Minister an diesem System festhalten, es müßig festhalten, so — sieht ihnen das ähnlich?

Ob es aber dem preussischen Volk ähnlich sieht, sich eine solche Wirtschaft gefallen zu lassen, das wird sich erst herausstellen müssen. Das preussische Regierungssystem in etwas vorgeschrittenen Regierungen noch möglich sein, möchten wir bezweifeln. Wie lange werden sie noch in Preußen möglich sein?

## Politische Uebersicht.

Halle a. S., 5. Januar 1900.

**Nach einer „Affäre“ für das Auswärtige Amt.**

Herr v. Schön hat diesmal bei Beratung seines Etats im Reichstag Arbeit in Hülle und Fülle. Zu den Angelegenheiten Wannesmanns-Daß, das Schicksal deutscher Auswanderer in Brasilien, kommt nun auch noch der Fall des Dr. Zingkaaff, der einige Zeit in diplomatischer Aktion am Hofe des Kaisers von Mexiko war. Er behauptet, von der Kaiserin verdrängt worden zu sein, deren Vertraute den Kaiser mit Gift „behandelt“. Es er aberufen und nach Skairo veretzt wurde, verzögerte er seine Abreise mit der Behauptung, daß er unterwegs umgebracht werden solle. Schließlich kam er aber doch mit heiler Haut in Skairo an und ist jetzt auf dem Wege nach Berlin, um sein Material dem Auswärtigen Amt zu unterbreiten.

**Wie wir registriert werden.**

Von den Nachrichten eines preussischen Landrats erhält man einen Begriff, wenn man einen Blick auf den vom Reichstag am Freitag des pommerischen Kreis Girmen wirft. Das dortige Kreisblatt berichtet über den Schluß des Kreisrates, wie die liberale Mehrheit festgestellt, mit den Worten: „Der Etat wird trotz der staatslicher Ueberforderungen genehmigt.“ Wie hoch diese Ueberforderungen sind, oder auch nur wie hoch der Etat selbst ist, davon sagt das Organ des Herrn Landrats nichts, dagegen schreibt es: „Nachdem die Tagesordnung erledigt, teilte der Vorsitzende mit, daß die beantragten Provinzialbeihilfen für die Chausseen von Sievershagen nach Schöneowalde und von Worland nach Retentin nicht bewilligt seien.“

Mit dem Vorschlage, trodem sofort mit dem Bau der beiden Chausseen zu beginnen und über die Ausführung der noch fehlenden Bauten später zu beschließen, erzielte die Sitzung im Hotel Deutsches Haus ein gemeinsames Mittagessen statt.“  
Dieses Verfahren ist von einer beneidenswerten Kürze und



es wird noch etwas plant beabsichtigt, daß von der Sitzung, die nun noch geplant werden, auf dem Gute Schönebrunn endet, dessen Besitzer Kreisdeputierter ist. Wenn der Landrat will, geht alles.

**Freiwillige Wanderschaften.**

Wie der Berichterstattende freilich seine Wanderschaft erachtet, davon gab das berüchtigte Festgessen des Galleschen Parteiführers Quersfeld deutlich Kunde, das bekanntlich von den Liberalen in Landsberg verlangt, sie sollten offen für den antifehlichen Konfessionsstand eintreten, damit die Galleschen Konfessionsparteien für den Freisinn stimmen. Eine ähnliche Wanderschaft ist in Eisenach vor sich gegangen. Die Nationalliberale Fortschrittspartei behandelt den Kandidatenquersfeld in Eisenach, um den Beweis zu führen, daß an dem Bewußtsein der Freisinnigen schuld sind. Es wird hier erzählt:

„Die hiesige freisinnige Parteileitung forderte die Übertragung eines Landtagsmandats für ihren Herrn Kühner. Obwohl die Wahlberechtigung für einen nationalliberalen Kandidaten bereits getroffen, die Nominierung der Kandidaten erfolgt und die Wahlarbeit bereits begonnen war, verfuhr man auch Erfüllung dieses Wunsches. Es gelang unseren Bemühungen nicht. Danach forderte die freisinnige Parteileitung die Aufgabe der Meiningener Nationalliberalen, 1912 wieder für einen freisinnigen Reichstagskandidaten einzutreten, und wie konnten zu unserer Freude diese Aufgabe von unseren Meiningener Parteifreunden erhalten. Die Freisinnigen empfahlen und die Herren Schultzeberg, Strug aus Obermaßfeld, einen nationalliberalen Abgeordneten des Meiningener Landtags, als vorzüglichsten gemeinsamen Kandidaten, der, was uns bei unseren Einigungsversuchen besonders wertvoll erscheinen mußte, von dem freisinnigen Reichstagsabgeordneten Müller-Meininger warm empfohlen war.“

Die warme Empfehlung des Müllers Strug durch den Abgeordneten Müller-Meininger ist also auf die Sorge dieses Herrn um sein gefährdetes Reichstagsmandat zurückzuführen. Schade, nichts als Schade.

**Jugendbräutigam wird als Vereingefes.**

Am Sonntag fand in Weeslau eine vom Jugendauschuß einberufene öffentliche Versammlung statt, in der Genosse Müller über Wesen und Ziele der Arbeiterjugendbewegung sprach. Trotzdem die Versammlung keine politische Veranstaltung war, und als solche auch nicht bekannt gemacht worden war, hielt es die Weeslauler Polizei doch für absolut notwendig, die Versammlung als eine „politische“ zu betrachten. Der Einspruch des Einberufers gegen diese Verurteilung und der Hinweis auf das Reichsvereingefes fand vor den Augen des überwachenden Kommissars keine Gnade. Ausdrücklich erklärte dieser, daß er Befehl vom Präsidium habe, die Versammlung der Jugendlichen genau so „belegen“ zu lassen, wie jede große politische Versammlung. Außerdem wies der Kommissar noch darauf hin, daß ein 20 Mann starkes Wachregiment für den Gewerkschaftsdienst bereit sei. Die Versammlung nahm, nachdem das Verhalten der Polizei gehörig geahndet worden war, ihren normalen Verlauf. Es wird aber Beschwerde erhoben werden.

**Deutsches Reich.**

— Zum deutsch-amerikanischen Handelsabkommen. Der amerikanische Botschafter Hill hat am 26. März seinen Bericht über den Verlauf der Verhandlungen über die Zolltariffrage und auf den Abschluß eines neuen Handelsabkommens zwischen Deutschland und Amerika.

— Der Bundesrat gegen die medienburegischen Unterhändler? Der Bundesrat tritt am 6. Januar zusammen, um zu dem Beschlusse Antrag der medienburegischen Regierung Stellung zu nehmen. Ob er freiwillig die Kompetenz des Reiches zur Aufhebung einer Verfassung zugestehen wird, bleibt dahingestellt.

— Die große Säge. Unmittelbar nach dem Neujahrsempfang der kommandierenden Generale bei Wilhelm II. hat der Kommandierende des 15. Armekorps, General der Infanterie, Ritter von Sichel von Gillingen im B. sein Abschiedsgesuch eingereicht. Auch der Gouverneur von Straßburg, General von Mönner, tritt in den Ruhestand. Letzter für die Steuersahler: rund 20 000 M. pro Jahr.

— Zur Erhöhung seiner Soldgehälter erließ der Herzog von Sachsen-Weimar gestern eine Urkunde für „leichte“ Verurteilte.

— Ein letztes Wahlverbot. In der Wahlverbotssache wird am 1. Januar folgende Entscheidung: „Bei der Stadtverordneten-Wahl in der ersten Abteilung zwischen den Herren Dr. Reußner und Fabrischke Kurt Schmidt mußte das Los entscheiden, da Herr Kommerzienrat Siebert seine Stimme wiederum, wie bei der Hauptwahl, für Herrn Dr. Reußner abgab. Das Los entschied darauf zugunsten des Herrn Dr. Reußner.“ — Die preussischen Autoritäten nennen das „Wahl“, das geprellte dritte Wahlverbot bezeichnet es als „Wahlverbot“.

**England.**

**Der Chauvinismus im Wahlkampf.**

Den oben Nord und ihrem Anhang ist jedes Mittel recht, um den Sieg zu erringen, daß es im Wahlkampf ihrer faulen Sache nützen könne. Nach der operiert man mit dem törichtesten Wahn einen deutschen Invasion und versucht damit, das Volk einzuschüchtern. Von liberaler Seite werden diese Veruche entschieden zurückgewiesen. So führte der Staatssekretär für Irland, Birrell, in einer Rede, die er in Bristol hielt, aus, er werde die erste Aufgabe sein, gegen sich eines Teils der Presse, den Geist der Feindschaft gegen Deutschland zu entmannen. Staatssekretär Grey erklärte in Crafter (Northumberland), die Regierung werde die Oberherrschafft zur See sicherstellen. Der Sekretär der Landesverteidigung, Keefe, der in Grafton-Walden sprach, bezeichnete die Seemacht Englands der deutschen gegenüber als übermächtig. In 2 1/2 Jahren, wenn Deutschlands Schiffsbauprogramm ausgeführt sei, werde England 24 Schlachtschiffe haben gegen 41 der deutschen Flotte.

**Der Wahlaufauf des Bergarbeiter-Verbandes.**

London, 6. Januar. Der englische Grubenarbeiter-Verband, der 600 000 Mitglieder umfaßt, hat einen Wahlaufauf erlassen, worin gegen das Oberhaus und die Lords Stellung genommen wird.

**Die neuen sozialpolitischen Gesetze.**

Mit Beginn dieses Jahres sind drei Gesetze von großer sozialer Tragweite in Kraft getreten. Sie betreffen: Organisation des Arbeitsnachweises, Bekämpfung des Schmutzsystems und Einberung der Wohnungsnote. 1. Die Labour-Exchange Act schafft eine Organisation sachmännlich geleiteter Arbeitsnachweise in allen Teilen des Landes. Für notwendige Ordnungsmittel ist die Gewährung erforderlicher Darlehen vorgesehen.

2. Der Trade Boards Act gibt dem Gewerkeministerium die Befugnis, für bestimmte Gewerbe die Einsetzung von Schiedsgerichten aus Vertretern der Arbeiter und Arbeitgeber und unter dem Vorsitz eines Beamten des Ministeriums anzuordnen, die zur Festsetzung von Mindestlöhnen befugt sind. Das Gesetz wird zunächst Anwendung finden auf die Konfektions-, Spinn-, Kartonage- und Kettenherstellung. Die Löhne werden für Zeit- und Stückarbeit festgelegt und treten sechs Monate nach ihrer Anordnung in Kraft. Hunderttausende von Unternehmern sind mit Strafen von 400 Mark bedroht.

3. Die Housing and Town Planning Act erleichtert die Befestigung der schlimmsten Wohnhöhlen (Slums), verbietet das Zusammenbauen von Häusern und gibt den Gemeinden das Recht, Bebauungspläne innerhalb ihrer Gemietung oder in deren Nachbarschaft in Kraft zu setzen. Dazu kommen noch eine Reihe anderer sozialpolitischer Gesetze von untergeordneter Bedeutung.

**Oesterreich-Ungarn.**

**Straßentänze in Wien.**

Peft, 4. Januar. Gestern fanden in Grazjeto schwere Ausschreitungen auf offener Straße statt, wobei die gemäßigten Parteien so heftig miteinander kämpften, daß es auf beiden Seiten Tote und viele Verwundete gab. Bevor noch die Wessern einspreizen konnten, hatten die Ergebenen zu den Wessern gegriffen. Vier von ihnen blieben tot am Platze, und zahlreiche Verwundete mußten sich in ärztliche Behandlung begeben. Die Ursache dieses wilden Straßentampfs ist noch nicht festgestellt.

**Finnland.**

**Ein plumper Schwindel.**

Die offiziöse Petersburger Telegraphenagentur verbreitet die Latarennachricht, daß man in Finnland eine ganze Reihe von Waffenlagern entdeckt habe und einem groß angelegten Waffenschmuggel in Gedschänken, die aus Ham-

burg eingeführt wurden, auf die Spur gekommen sei. Es unterliegt keinem Zweifel, daß man es hier mit einer eben solchen Propaganda der russischen Regierung zu tun hat, wie sie feinerzeit in Finnland plante. (Wie die deutsche bürgerliche Presse feststellte, hat Aften den Finnländern den Vorschlag gemacht, Wundenlaboratorien in Finnland einzurichten.) Die Romantare, die die offiziöse Presse an diese Nachricht knüpfte, weisen darauf hin, daß die russische Regierung wieder etwas neues gegen Finnland im Schilde führt.

**Cirkel.**

**Neue Aufstände in Belgoponten.**

Konstantinopel, 4. Januar. Der Schicksal der autonomen Vögen in den Wilajeten von Bagdad und Mossul, die sich nach einer offiziellen Meldung unterworfen haben, ist plötzlich mit einer neuen und so großen Armee wieder gegen die Türken ins Feld gezogen, daß alle Reichs- (Kaiser-) und zwei Provinzen schleunigst einberufen werden mußten. Im Wilajet Mossul befinden sich die Stadt Nafu und alle Orte im weiteren Umkreise in der Gewalt turkischer Aufstürzender. Die Agas der Turben haben alle Straßen des Wilajets Mossul besetzt und verboten es, daß die Bevölkerung Berichte über die kritische Situation des Landes nach Konstantinopel gelangen solle. Aus vielen Gegenden ist denn auch die Flucht ganz ohne Nachrichten über die dortigen Zustände.

**Es wird weiter gehängt.**

Konstantinopel, 4. Januar. Die Hinrichtungen werden fortgesetzt. In Effen wurden drei Zagen ein krenierte und ein Krenierte, die das Ausnahmegericht zu Schicksal über dem Tode verurteilt hatte, auf dem Marktplatz gehängt. Unter den gehängten Krenierten befanden sich mehrere Notable und der Ruft der Stadt Bagdad. In Marasch wurde der Nabob von Gölfsu, Bairamoglu Ali, als Reaktionär gehängt. Man erwartet, daß der neue Großvezir der ganz unkontrollierten Schredensherrschafft der Kriegsgerichte in den Provinzen ein Ende machen wird.

Es wird in der Tat auch hohe Zeit, diesem Schredensregiment, dessen Fortsetzung die Sympathien für die jungtürkische Regierung sicher nicht erhöht, ein Ende zu machen.

**Aus der Partei.**

**Nach wiederum Mandatsrücktritt.**

Nach die Stadtverordnetenversammlung in Guben erklärte die Wahlen der dritten Abteilung, in der erstmalig die Sozialdemokraten gewählt worden waren, wegen eines angeblichen Formfehlers für „unültig“. Die Wiederwahl in der Auswahl der Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie kennt keine Grenzen.

Ein sozialdemokratischer Stadtverordnetenvorsteher in Preußen. Genosse Wollenbuh wurde zum zweiten Vorsitzenden des Schöneberger Stadtverordneten-Kollegiums gewählt. Die Wahl ist die Konsequenz der durch die letzte Wahl eingetretenen Parteierziehung im Schöneberger Parlament. Die Sozialdemokratie ist jetzt die zweitstärkste Fraktion und hat demnach Anspruch auf diesen Posten.

Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage 1863-1900, bearbeitet von Wilhelm Schröder. Vollständig in etwa 18 Bänden, 20 Bogen zu je 30 Bl. Verlag von G. Wirtz u. Ko. m. b. H., München.

Weber in der Arbeiterbewegung Tätige wird schon oft ein Nachschlagswerkzeug haben, wenn er feststellen will, wie sich die Sozialdemokratie zu einer sozialen oder politischen Frage offiziell verhalten hat. Bisher mußte man, um darauf die Antwort zu finden, unter Aufsuchens des Gedächtnisses, die immer härter werdende Zahl der Protokolle zur Hand nehmen, wodurch großer Zeitverlust entstand. Wenn das Werk vollendet vorliegt, ist das nicht mehr nötig. Alles was in 46 Jahren auf den Parteitag verhandelt und beschlossen wurde, findet man alphabetisch geordnet vor. So enthält die Lieferung I a. B. den Abstimmungsprotokolle, Agrarfrage, Grund- und Bodenfrage, Arbeiter-Lohnfrage, Arbeiterfrage, Arbeiterfrage, Arbeiterfrage, Arbeiterfrage und Arbeiterfrage. Für Referenten wird das Werk besonders wertvoll werden, da es ihnen nicht nur Material liefert, sondern auch den Zeitverlust des Zusammentragens spart. Die Lieferungen erscheinen 14tägig.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Überlicht und Parteinarbeiten Paul Sennig, für Ausland, Gewerkschaftliches, Heueller und Vermischtes Karl Bod, für Soziales Otto Riebuhr, für Provinziales und Verammlungsberichte Gottl. Casparet, sämtlich in Halle.

**Grosser**

# Wäuerungs-fusverkauf.

<p style="text-align: center;">Ein Posten</p> <h2 style="text-align: center;">Kostüm-Röcke</h2> <p style="text-align: center;">1 45</p> <p style="text-align: center;">in Tuch und Cheviot im englischen Geschmack, in allen Weiten und Längen . . . Jetzt 15.00 bis</p>	<p style="text-align: center;">ca. 23 000 Stück</p> <h2 style="text-align: center;">Damen-, Herren- und Kinder-Wäsche</h2> <p style="text-align: center;">nur erstklassige Qualitäten zu enorm billigen Preisen.</p>	<p style="text-align: center;">Ein Posten</p> <h2 style="text-align: center;">Winter-Velour</h2> <p style="text-align: center;">25</p> <p style="text-align: center;">schwere Qualitäten, Meter 65 45 38 35 29</p>
<p style="text-align: center;">Ein Posten</p> <h2 style="text-align: center;">Tüll-Blusen</h2> <p style="text-align: center;">2 25</p> <p style="text-align: center;">mit Spachtel-Einsatz und Tüllkoller, auf Futter gearbeitet . . . . . Jetzt Stück</p>	<p style="text-align: center;">Ein Posten</p> <h2 style="text-align: center;">Abend-Mäntel</h2> <p style="text-align: center;">6 50</p> <p style="text-align: center;">aus Tuch und schweren Angers-Stoffen, in hellen Farben, früher 45.00 bis 9.00 M. . . . . Jetzt 22.50 bis</p>	<p style="text-align: center;">Ein Posten</p> <h2 style="text-align: center;">Blusenstoffe</h2> <p style="text-align: center;">58</p> <p style="text-align: center;">in nur aparten Streifen Meter 65</p>
<p style="text-align: center;">Ein Posten</p> <h2 style="text-align: center;">Unsere Schaufenster bitten zu beachten.</h2>		<p style="text-align: center;">Ein Posten</p> <h2 style="text-align: center;">Hauskleiderstoffe</h2> <p style="text-align: center;">60</p> <p style="text-align: center;">doppeltbreite praktische Kleiderstoffe Meter</p>

Geschäftshaus J. Lewin

Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.







Es folgt die Diskussion über den Programmentwurf und die dazu gehörenden Anträge.

**Erste Säulen:** Wir erheben die Programmentwürfe als noch zu spezifizieren. Nach meiner Meinung sollte man das Wort **Leberhäuser** ganz herausstreichen und jedenfalls nicht verwenden, den unglücklichen Begriff eines „mächtigen“ Leberhauses festzulegen. Auch die Fassung des Passus über die Gewerbesteuer scheint mir nicht gerade glücklich zu sein. Besser ist es schon, man schneidet ganz von dieser Steuer ab, sollte es auch nicht für richtig, daß sich die Sozialdemokratie planmäßig auf den Kleinwohnungsbauplan festlegt. Man soll auch nicht zu sehr das Schlagwort von „Mietshäusern“ gebrauchen. Unter Umständen können Mietshäuser den Arbeitern größere Schwierigkeiten verschaffen als der Kleinwohnungsbauplan. Man sieht am Punkte Wohnungsfragen, daß das Programm gar zu sehr auf die großen Städte zugeschnitten ist. Der Meistert bezug sich auf fortwährend auf die Gemeindefortschritt von Groß-Weilau. Ich möchte doch raten, eine Kommission niederzulegen. (Beifall.)

**Erste Säule:** Was man darunter, die Reichsteuerumschlagsteuer mit günstigen Augen anzusehen. Es handelt sich auch hierbei nur um das Weiterleben der Konzeption, den Großstädten wiederum eine Einkünfte zu entziehen. Die Reichsteuerumschlagsteuer würde den Gemeinden eine Einkünfte rauben, die sie dringend zur Erfüllung von Kulturaufgaben bedürfen. (Zustimmung.)

**Erste Säule:** Ich beziehe mich auf die Programmentwürfe, die wir am 22. Dezember erhaltene Informationen und Forderungen, für die nicht bestehen, sondern das Reich zulassen. Das Enteignungsrecht muß unbedingt den Gemeinden gegeben werden. Die sozialpolitischen Forderungen müssen mehr spezifiziert werden. Eine Kommissionsberatung halte ich auch für überflüssig.

**Artels-Weilau:** Wir beantragen, daß der gesamte Wertzuwachs durch die Wertzuwachssteuer der Gemeinde zugewiesen wird. Die bisher bestehenden Wertzuwachssteuer führen nur einen kleinen Prozentsatz des gesamten Wertzuwachses der Gemeindefiskus zu. Dabei haben die Fiskusanteile der Kommunalsteuer vielen Orten eine geradezu unerträgliche Höhe erreicht. Die Bodenbesitzer sind in Köln a. W. geradezu unbewirtschaftet. Unter 46 Städteverordnungen sind dort 48 Hausgaragen.

**Erste Säule:** Unser kommunales Programm erfüllt wie unser Parteiprogramm in zwei Teilen, der erste läßt unsere grundsätzlichen Forderungen zumachen, der zweite enthält, was wir innerhalb des heutigen Staats und der Gesellschaft für notwendig erachten. Würden wir nun aber durchsetzen können, daß schon jetzt der gesamte Wertzuwachs an die Gemeinden fällt, so hätten wir einen sozialistischen Staat erreicht. Aber diese Forderung läßt sich eben innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft nicht durchsetzen. Nebemann würde sich hüten, den Grund und Boden zu verkaufen, denn der ganze Wertzuwachs an die Gemeinde fällt. Wir haben also nur die Forderung zu stellen, eine den Verhältnissen entsprechende Steuer auf den Wertzuwachs zu legen. Diese Forderung ist durchführbar, die Forderung des Vorkredites aber ist praktisch undurchführbar. Man legt ein Teil unseres Programms betrifft die Reichsteuern. Das stimmt. Die Forderungen des ersten Teiles werden gerichtet an die Gesetzgebung überhaupt, einzelne aber an Reich und an den Reichstag und kann die preussische Regierung zu Anträgen im Bundesrat auffordern. Wir können nicht unsere Stellung in jeder einzelnen Frage festlegen. Wir können nur bestimmen, Grundbesitzer innerhalb deren die Genossen freizulassen, wenn sie nicht verlangen, daß sie Sozialdemokraten sind. (Zurück, Zustimmung.) Ein paar Worte über die Gebührenfrage bei städtischen Unternehmungen. Die Aufstellung, daß die Gemeinden Betriebe in einem Maße nehmen sollen, erscheint mir immer wieder zweifelhaft. Aber ich möchte daher warnen, generell festzulegen, daß diese Betriebe kostenlos ohne Leberhäuser für die Gesamtheit arbeiten sollen. Es ist immer nur ein Teil der städtischen Bevölkerung, der diese Betriebe in Anspruch nimmt; und es liegt kein Grund vor, daß der andere Teil für diese mitbezahlt. Wir wünschen vielmehr, daß die Leberhäuser für kulturelle Zwecke der Kommune verwendet werden. Natürlich sollen keine Monopolpreise genommen werden. Das Wortlaut muß nicht unbedingt werden gegenüber der Privatindustrie. Wir können nicht alle komplizierten Fälle festlegen. Grundsätzlich soll dies Programm doch nicht das Vertrauen zur Vernunft unserer Genossen befehlen. (Beifall, Zustimmung.) Wenn wir fordern werden, daß die städtischen Betriebe keinen Leberhäuser zu machen haben, würden wir geradezu die Municipalisierung einen Miegel vorüberschieben. (Beifall, Zustimmung.)

**Erste Säule:** Ich bitte, den Passus über die Zulassung der Umgehungssteuer zu streichen und ausdrücklich festzulegen, daß wir freie Wirtschaft nur in Armenhäusern, nicht als generelle Forderung verlangen.

**Silberstein-Altendorfer** schließt sich der letzten Forderung an. Man denke bei freier Wirtschaft nur zu leicht an Herrin

Wagdan. (Seitertzeit.) Unbedingt muß daran festgehalten werden, daß der Mietshäuserbau zugunsten des Kleinwohnungsbaues bevorzugt wird. Genossenschaft und Gewerbesteuer sind vorläufig nicht immer zu erheben. Es ist nicht abzusehen, warum Gas- und Elektrizitätswesen seinen Leberhäuser erheben sollen. Gegenüber dem generellen Enteignungsrecht ist an den demokratiesüchtigen Verwaltungskarakter dieser Städte zu erinnern.

**Erste Säule:** Ich spreche eine Freude über das hohe Niveau der Debatte aus. Die Sozialdemokratie hat sich in den letzten zehn Jahren die kommunalpolitisch erobert, aber trotz aller Organe, die die Gemeindepolitik behandeln, fehlt es doch an einer Zentralstelle, die das gesamte Material sammelt. Der Meistert beantragt, daß der preussische Parteitag eine solche Stelle einrichtet.

**Artels-Weilau** polemisiert gegen Singer und verteidigt die Köhner Anträge auf vollkommene Besteuerung des Wertzuwachses. Soweit die spezifizierten Anträge nicht in das Programm selbst Aufnahme fanden, sollen sie wenigstens in einem Kommunal- und im Reichstagsprogramm, zum Erfurter Programm, Verwertung finden.

**Am Dienstag** wurde in der Diskussion über das Kommunalprogramm vorgeschlagen. Im allgemeinen drehte sich die Debatte um die Punkte: Gewerbesteuer, Erziehung von Leberhäusern in den Gemeinden und Ausbau der Kranken- und Wohlfahrtswesen. Die erste Säule ist fest, daß er für bestimmte Betriebe ebenfalls für einen Leberhäuser ist; u. a. be- antragt er, die programmatische Forderung von Krematorien zu streichen, da er der Ansicht ist, daß wir nur dann Krematorien fordern dürfen, wenn die Friedhöfe entleert nicht mehr ausreichen, aber geländemäßig notwendig sind. Eine erste Säule ist nicht gegen die Gewerbesteuer. Er hält a. W. die Besteuerung der Gewerbe, die durch die Gemeinde-Einrichtungen großen Nutzen haben, für durchaus berechtigt. Was die Frage über die Streichung des Satzes auf Einführung der freien Wirtschaft, wobei sich aber gegen den nachträglich gestellten Antrag, den Programmentwurf nochmals an eine Kommission zu verweisen. Ziele, Halle wünscht, daß die kommunalen Verhältnisse in den preussischen Städte- und Landgemeinden durch umfassende Erhebungen fest- gestellt werden und daß dem nächsten Parteitag darüber Bericht zu erstatten ist. Die zweite Säule vertritt sich des länger- nädlich über die Frage der direkten und indirekten Besteuerung. Mit Bezug auf die Gewerbesteuer, die wohl als eine indirekte wird, ist er der Ansicht, daß wir sie nicht grundsätzlich ab- lehnen können, wohl aber für einen Erfolg eintreten müssen. In seinem Schlußwort geht der Reichstagsrat über die Ver- einigung der beiden Säulen ein. Die Forderungen des nächsten ein und bitter ebenfalls, den Entwurf nicht an die Kommission zurückverweisen.

**Der Antrag** auf Überweisung an eine Kommission wird abgelehnt und dann in der Abstimmung der vorliegenden Entwurf mit einigen kleinen Änderungen angenommen. Der Antrag Ziele, Erhebungen über die kommunalen Verhältnisse in den preussischen Gemeinden anzustellen, wird abgelehnt.

**Eine kurze Debatte** gab es noch über einen Antrag Klüss und Genossen, der von dem Parteitag eine Erneuerung und Ver- stärkung des Leipziger Schnaps-Verbotgesetzes verlangte. In der Diskussion wurde betont, daß es einer Erneuerung durchaus nicht bedürfe, da ja der Verkauf ungehindert existiere und bereits eine Wirkung in dem Sinne, wie es gewünscht wurde, geseitigt habe. Der Antrag wurde dahin geändert, daß der preussische Parteitag an den Leipziger Genossen Bescheid erinneren, und dann mit großer Mehrheit angenommen. An der Abstimmung erreichte dann die Tagung ihren Höhepunkt. Zunächst teilte die Mandat-Prüfungskommission mit, daß der Parteitag von 208 Teilnehmern besucht sei. Auf Einladung des Parteitag sind aus den einzelnen Landesstellen der Reichs-Genossen verschiedene Landtagsfraktionen erschienen. Genosse Klüss befragt die Delegierten und weiß bei der Beantwortung kurzlich, daß die Wahlrechtsfrage keine rein preussische, sondern eine Frage des Reiches ist und deshalb auch für das gesamte deutsche Proletariat von außerordentlicher Bedeutung. Die aus den einzel- nen Landesstellen erschienenen Delegierten bringen Grüße ihrer Auftraggeber und wünschen dem Parteitag eine gedeihliche Ver- handlung. Unter allgemeiner Aufmerksamkeitsfeierlichkeit dann Genosse Ströbel über die Wahlrechtsfrage. (Der Bedeutung des Gegenstandes angemessen bringen wir diese Verhandlungen als heutigen Leitartikel, Red.)

**Der Rest** der Sitzung wird mit der Beratung von Anträgen ausgefüllt. Ein von Klüss-Weilau vorgeschlagener Antrag, ein periodisches Organ für die Sozialdemokratie herzustellen, wird der preussischen Parteitagung zur Verfügung über- wiesen.

**Ein Antrag** des Zentralausschusses für Leitwo-Beeslow, daß Doppelmandate möglichst vermieden werden sollten, wird nach Begründung durch Grotzer-Altendorfer angenommen. Überwiesel a. Tannus und Leitwo-Beeslow fordern eine

gleichzeitige Aktion in allen Kommunen zugunsten des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in W- meinden. Der Antrag wird von Dr. Silberstein-Altendorfer und von Dr. Quadt-Rantorp a. W. lebhaft beauftragt und einstimmig angenommen.

Die Fortsetzung der Beratung wird auf Mittwoch früh 9 Uhr vertagt.

### Der belgische Gewerkschaftskongress,

der zu Weihnachten im Volkshaus der Brüßler Vorstadt St. Gilles abgehalten wurde, war von 210 Delegierten, den Vertretern von 197 Gruppen mit 72 000 aktiven Mitgliedern, besetzt. Eine Reihe wichtigster Fragen stand zur Verhandlung.

Am Anfang an der Bericht des Landessekretärs Vergemans traten Dionce (Waldarbeiter) und De Wouwer (Längemacher) für energiegeladene Tätigkeit zur Veranlassung der neutralen Gewerkschaften ein. Ein dahin zielender Antrag wurde, da eine vorherige gründliche Erweiterung der Frage nicht stattgefunden hat, von der Tagesordnung abgesetzt. Letztendlich hatte sich am 23. Dezember der endgültige Zusammenfluß der neutralen und der sozialistischen Gewerkschaften in Antwerpen beabsichtigt, und im geschlossenen Ausschuss sind die unabhängigen Verbände durch 2 (von 7) Mitglieder vertreten. Letztendlich sind auch die neutralen Organisationen großenteils in der Mehrheit sozialistisch.

Der wichtigste Gegenstand war die Schaffung einer Zentralkasse für Streiks und Ausparierungen. Seit 18 Jahren diskutiert, kam die Frage diesmal zur Lösung. Mit Rücksicht auf räumliche Organisation, namentlich die der Bergarbeiter, die zum Teil nichts als Sparpläne sind, wurde beschlossen, die Kasse, die mit dem 1. Januar 1910 ins Leben tritt, für das erste Jahr fakultativ zu machen. Von 1911 an ist die Zugehörigkeit vorgeschrieben. Der Beitrag soll zunächst 6 Centimes monatlich auf das Mitglied betragen. Ein Mitglied erhält eine Organisation nach 4 (bei Antwerpen 5) wöchiger Dauer eines Lohnkampfes. Anderen Zwecken darf die Kasse nicht dienen.

Der Kongress befaßt sich weiter, die Aufmerksamkeit der Organisationen auf die Ausbildung der Belegsung und die Beschäftigten, und trat im Interesse der politischen und sozialen Erziehung des Proletariats für das Abonnement auf die Parteipresse ein. Auf Antrag der Brüßler Wage- nerkasse wurde für den Fall des Scheiterns die Zugehörigkeit zur Organisation des neuen Berufs und nach Ablauf einer Wartezeit, für die noch die Verpflichtung der alten Organisation gelten soll, der Eintritt in alle Rechte der neuen Organisation empfohlen. Ein Streit zwischen Bäckern und Transportarbeitern über die Organisationszugehörigkeit der Brot- arbeiter wurde zugunsten der Transportarbeiter entschieden.

Von großer Bedeutung war die Stellungnahme zum Schluß der Föderalarbeiter, über den Oxtors referierte. Er zeigte, daß es sich bei dem Eintreten der Mexikaner für Abschaffung der Nachtarbeit und für Sonntagsruhe, wie es in Frankreich erfolgt ist, nicht nur um Demagogie handele, daß damit auch ein Schlag gegen die Großbetriebe, namentlich der Konsumvereine geplant sei. So liegt der belgischen Kammer ein Gegenentwurf vor, der diese Vorarbeiten nur für die Großbetriebe fordert. Er wies ein auf die günstigen Arbeitsbedingungen der Sozialisten (8 Tage Ferien, Freizeite des 1. Mai, kein Geldstrafe, 1/2 Prozent des Reingewinns, Vertretung in Verwaltungsräten, 300 Franc Sterbegeld), die sich große Opfer zugunsten ihrer Arbeiter aufzulegen, und forderte für alle Betriebe, ohne Unterschied des Umfangs: Verbot der Nachtarbeit, Einschränkung der Sonntagsarbeit auf einen halben Tag an jedem zweiten Sonntag, achtstündige Arbeitszeit, nach zwei Jahren Verbot der Werkstätten im Keller und nach fünf Jahren Verbot des Zeitnehmens mit der Hand. Decca erlachte namens der Wähler die Leistungen der Konsumvereine vollauf an. Er unter- stützte die gestellten Forderungen, wobei er besonders die Festlegung der Nachtarbeit, als das einzige Mittel, die Wähler zu überzeugen, angeben konnte. Das vorgeschlagene Programm wurde einstimmig angenommen.

Weitere Beschlüsse betrafen: Geistliche Verkündigung der Frauen- und Jugendliebenarbeit in Fabriken; Regelung der Heimarbeit (Ermächtigungspflicht für Be-

# Grosser Inventur-Rüchungs-Verkauf.

**Gewaltige Preisherabsetzungen :: in sämtlichen Abteilungen ::**

<p><b>Extra-Rabatt</b> auf alle nicht zurück- gesetzte Waren.</p> <p><b>475 Pyjaks</b> 2 bis 6 Jahre von 2 M. an.</p> <hr/> <p><b>Blusen - Anzüge</b> blau Chevrot 2 bis 4 Jahre 2.85 M. 5 bis 7 Jahre 2.75 M.</p>	<p><b>Kittel - Anzüge</b> blau Kammgarn 5.75 M.</p> <hr/> <p><b>Blusen - Anzüge</b> blau Kammgarn 2 bis 4 Jahre 4.50 M. 5 bis 9 Jahre 5.00 M.</p>	<p><b>8500 Hosen</b> darunter ein grosser Posten Manns Stoff - Hosen jetzt 1.55 M.</p> <hr/> <p><b>1200 Herren - Paletots</b> ganz bedeutend in Preise herabgesetzt.</p>	<p><b>Winter-Joppen</b> glattes Fasson 3.90 M. 5.50 M.</p> <hr/> <p>Faltenfasson 6.50 M. 8.50 M.</p>	<p><b>Extra-Rabatt</b> auf alle nicht zurück- gesetzte Waren.</p> <p><b>Gummi - Mäntel</b> garantiert wasserdicht jetzt 15.50 M.</p> <hr/> <p><b>Schlaftröcke</b> mit Tuchbesatz jetzt 7.50 M.</p>
--	---	--	--	--

**W. G. G. G.**



**Arbeitsstätten, Gewerbeaufsicht, Lohnfestschätzung:** Verbesserung der Arbeiterpensionskassen (mindestens 1 Proz. täglich für Männer und Frauen, ohne Beitragsleistung); Erziehung von Arbeiterorganisationen durch Gemeinden oder Förderung des Eigenbaus zur Verhinderung der Arbeitergewerkschaften.

Für eine Revision der Unfallversicherung wurde u. a. gefordert: Erhöhung der Rente von 80 auf 75 Prozent; Berechnung der Rente jugendlicher Arbeiter nach dem Lohn der erwaunten ihrer Brände; Gewährung der Rente vom ersten Tage an; Befreiung der privaten Anfallen und der Versicherung durch Unternormerorganisationen; Erhöhung des Steuerbetrags; freie Kündigungsfrist; Ausdehnung der Versicherung auf alle Arbeiter. Ferner wurde die Schaffung einer Kantinenversicherung gefordert. Referent war Abg. Gen. Wind.

Die Beratungen, die mit einem klammenden Schlüsselwort des Vorsitzenden, Gen. **S u p m a n s**, dessen Abschluss, zeigten, daß die berufliche Arbeiterbewegung, die auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiete dieselbe müßerfüllig ist, auch hinsichtlich der Gewerkschaftsorganisationen eifrig daran ist, den Vorprung der Arbeiter anderer Völker eingeholen.

## Halle und Saalkreis.

Halle a. S., 5. Januar 1910.

### Am die Parteifunktionäre!

Am Donnerstag, den 6. Januar, abends 8 1/2 Uhr, findet im Hofpark eine wichtige Sitzung nach § 12 des Organisationsstatuts statt. Die Funktionäre, namentlich die Distriktsführer, müssen vollständig vertreten sein.

### Tuberkulose-Wandermuseum.

Der Besuch der Tuberkulose-Ausstellung ist fortgesetzt ein reger. Am Montag fanden drei öffentliche Vorträge statt. Führungen durch den Stadtpark, u. a. für das Personal der Firma Gebrüder Schwelke, statt. Angenehm haben sich ferner der Ortsverband der Deutschen Gewerbevereine, der Halle'sche Verinerenverein, verschiedene Schulen und Fortbildungsschulen. Es ist erwünscht, daß größerer Gesellschaften (Kreise, Mitglieder größerer Betriebe usw.) möglichst bald ihre Anmeldungen an den Stadtpark richten, damit für ausreichende Führung und Vorträge zu bequemem gelegener Zeit Sorge getroffen werden kann.

**Donnerstag sprechen um 5 Uhr nachmittags Privatbesitz Dr. Voening, 8 Uhr Spezialarzt Dr. Blümel** (siehe Interim).

Wem ein Besuch der Tuberkulose-Ausstellung sehr not tut, zeigt eine Ausstellung des Kirchenblätters der Paulusgemeinde, daß der Pastor Bach verantwortlich zeichnet. Es heißt da:

Zum Besuch des Tuberkulose-Museums, das bis 25. Januar in der Dannewerkestraße (Güterstraße) ausgestellt und täglich von 11—1 und 7—10 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet ist, laden auch wir ein. Die Schaulust ist nicht unterbrochen. Wo sie mit Ernst und Entschiedenheit befaßt wird, identisch Gott oft wunderbarer neue Lebenskraft und -zeit. Ein in des Herrn Willen ergebendes und innerlich still gewordenen Herz ist unersetzliches freilich ein Heilfaktor ersten Ranges.

Eine echt christliche Anschauung. Der lehrte: Sah fast nichts anderes, als der allberühmte Spruch: Macht nichts, wenn das Herz nur gut ist! — Wenn nach dieser Meinung des Herrn Blümel die Schaulust ist, ihre Anmeldungen an den Stadtpark zu halten, es wird schon hinsichtlich der Besuche, auf welches ergebene Herzen ihre Hoffnungen legen, anstatt für ein ertragreiches Dienst zu sorgen. Die, welche der Einladung des Paulus-Blätters Folge leisten, tun gut, die statistischen Aufzeichnungen in der Ausstellung daraufhin zu betrachten, um in Deutschland die schlechtesten Gesundheitsverhältnisse hervorzuziehen. Sie werden finden, daß gerade in den „frommen“ Gegenden, wo die Pfaffen herrschen und die „ergebene Herzen“ zubaule sind, dieser „Heilfaktor ersten Ranges“ ganz elend verlagert hat. Nicht stummsinnige Ergebung in Schmutz und Krankheit, sondern Aufklärung und „leberliches“ Wissen über die Naturkräfte tun not. Und nur sie können zur Eindämmung der pestiferen Tuberkulose beitragen.

### Der neue Stadthaushaltsplan

und die mit ihm im Zusammenhange stehenden Etats städtischer Betriebswerke und Stiftungen sind gestern erschienen und den Stadtvorordneten vorgelesen.

Die erste hange Frage, die sich da erhebt, ist, wie hoch der kommunale Steuerzuschlag sich im Jahre 1910 stellen wird. Grundsätzlich braucht die Antwort nicht den Besichtigungen zu entsprechen, die bisher von vielen Seiten gefordert werden mußten und ausgesprochen worden sind. Die Steuererhöhung ist im kommenden Jahre nur eine verhältnismäßig minimale, nämlich um 4 Prozent. Die kommunale Einkommensteuer wird

demnach 173 Prozent betragen. Grundsteuer und Gewerbesteuer je 100 Prozent. Die Ratensentungsgelder bleibt dieselbe von 0,8 Prozent. Dieses in Anbetracht der bedeutenden gestiegenen und noch steigenden Ausgaben für Gehälter usw. verhältnismäßig günstige Ergebnis ist zunächst den Ueberprüfern zu danken, die in den städtischen gewinnbringenden Betrieben erzielt worden sind, ferner hat auch die Kammerei-Verwaltung ein Mehr an Ueberprüfern. Dieses zusammen ergibt eine Summe von 690 000 M. oder ein Mehr gegen das Vorjahr von 312 000 M. Nun allerdings sagt das Erfolge des Magistrats zum Haushaltsplan, daß in der Ueberführung der Vermögenswerte der städtischen Werke eine besondere Begünstigung des Etats nicht zu erblicken sei. Das mag stimmen, eine „besondere Begünstigung“ ist sie nicht, jedenfalls aber sind die Erträge der Werke gut und bilden abermals einen Gegenbeweis gegen die freijünglich-manchester'sche Kommunalweisheit, daß die Gemeinden nicht mit „Laufmännchen“ Betrieben überlastet werden dürften. Die Gemeinbesteuern haben wiederum eine natürliche Zunahme erfahren, einige größere Ausgaben des Vorjahres sind in Wegfall gekommen, ferner ist ein Staatszuschuß neu hinzugekommen.

Die direkten Steuern werden ein Mehr von fast 200 000 M. erbringen, 115 000 M. Einkommensteuer, 60 000 M. Grundsteuer und 20 000 M. Gewerbesteuer. Von den indirekten Steuern verpricht die Umsatzsteuer ein Mehr von 8000 M., die Wertwachstumssteuer ein solches von 80 000 M., dagegen werden die Schaftungssteuern steuer abermals ein Mehr von 7000 M., die Biersteuer ein solches von 18 000 M. erbringen! Im ganzen sind also 212 000 M. natürliches Mehrertrags in Rechnung zu stellen. Eine wesentliche Ausgabe sind die 103 000 M., welche für das Jahr 1908 an die Lehrer und Lehrerinnen gezahlt werden mußten. Die 66 000 M. Staatszuschuß für die Volksschulen fallen nicht gänzlich weg, wie angenommen war, sondern es bleiben der Stadt jetzt 41 500 M. davon erhalten. Wenn die Stadt nach dem Eintrage des Magistrats der Alterszulage- und Ruhegeldzulage des Regierungsbereichs Vererbung beiträgt, wird ebenfalls ein finanzieller Vorteil von etwa 41 000 M. erzielt.

Diesen Mehreinnahmen resp. Ersparnissen stehen natürlich auch gesteigerte Ausgaben gegenüber. So vor allem die Gehältererhöhungen mit 330 000 M. Dann erhöhen sich die Pensionskosten um 10 000 M. Im Anleihezwang müssen 105 000 M. mehr ausgegeben werden. Die Laiten für den Zoologischen Garten und Bad Wittenberg beanspruchen ebenfalls ein Mehr. Denn erhöht sich der Armen-Etat um 47 000 M. Schließlich folgen in dieser Reihe die Straßenerleuchtungskosten mit 17 000 M., Städtisches Amt mit 10 000 M., der Dispositionsfonds bedarf endlich einer Dotierung von 140 000 M.

Somit macht sich in der Gesamtansgabe ein Mehr von 762 000 M. auf gegen das Vorjahr erforderlich. Der städtische Etat wird dadurch auf 11 624 300 M. erhöht. Die vorjährigen Steuerzuschläge würden 120 000 M. zu wenig ergeben. Da nun die Steuereinnahmen wie folgt gewertet werden: Einkommensteuer 20 654 M., Grundsteuer 6458 M. und Gewerbesteuer 3679 M., zusammen 30 791 M., so ist eine Erhöhung der direkten Steuern um 4 Prozent erforderlich.

### Mansteld und die Halle'sche Justiz.

Gestern beschloß die hiesige Strafkammer zum ersten Male mit dem Manstelder Streit in einem Urteil, welches das Reichsgericht Schöffengericht gegen den Hüttenarbeiter Karl Schulte von Burgomer verhängt hatte. Der bisher unbestrafte Mann war wegen Vergehens gegen den berechtigten Kaufschubtagartgen 153 der Gewerbeordnung in sogenannter Idealkonturren mit Verurteilung zu der horrenden Strafe von zwei Monaten Gefängnis (!) verurteilt worden. Und was war der Anlaß dazu? Man hörte: Als die arbeitsmittelen Elemente eines Tages während des Streiks nach der Kupferhammerstraße gingen, rief der Angeklagte als Leitender dem Hüttenmann Kirchgberg zu: „Na, wo willst Du denn hin?“ „Entgegen!“ „Nach der Hütte!“ Schulte machte darauf in der Erregung die Bemerkung: „Wenn ich Dich mal allein fesse, schlage ich Dir die Knochen kaputt!“ Zitiert werden in dem nicht borgekommenen, aber dennoch bekannte

man auf zwei Monate Gefängnis! Der Angeklagte und sein Verteidiger, Rechtsanwalt Landberg, wußten sich beruhend auf die hiesige Strafammer, um wenigstens eine mildere Bestrafung zu erzielen; aber leider ohne Erfolg. Schulte gab ohne weitere Umschweife, die die Meufierung getan zu haben, führte jedoch an, er habe sich sonst mit Kirchgberg sehr gut vertragen und sich bei seinen Worten damals nichts Gefährliches gedacht.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Landberg, legte dar, daß im vorliegenden Falle nur Verdrohung, nicht etwa Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung zu erkennen sei. Der Streit war nicht entstanden, um günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erzielen, sondern um weiteren Nachgriff der Gewerkschaft, die rund 40 Kameraden des Angeklagten wegen ihrer Zugehörigkeit zum Bergarbeiterverband entlassen hätte, vorzubeugen. Es handelte sich nur um einen Einpaß in die Strafe. Es bestanden nicht, wie es der § 153 fordert, Verabredungen zur Teilnahme an Verbindungen, welche die Erzielung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen bezweckten. Kirchgberg sollte nur nicht als Konkurrent auftreten und sich nur rein passiv verhalten. Das Reichsgericht hat in solchen Fällen nur Verdrohung als vorliegend angesehen. Im Schöffengerichtsurteil ist ausdrücklich betont worden, daß der Angeklagte im Streit keine führende Rolle gespielt hat; trotzdem verhängt es aber diese harte Strafe von zwei Monaten. Obwohl das Reichsgericht im Urteil ausdrücklich festsetzt, daß der Angeklagte nur ein Nebenbeteiligter war, was andere getan haben. Alle für den Angeklagten im Urteile erwähnten Gründe hat das Reichsgericht übersehen. Der Mann ist bisher nicht verurteilt, handelte in der Erregung und doch die empfindliche Strafe. Und will man dem ganz und gar nicht anerkennen, daß der Terrorismus diesmal auf der anderen Seite begonnen hat? Ein Reichsgericht getraut den Arbeiten das Koalitionsrecht und ein harter Unternehmer verbietet es ihnen. Man weiß ja, wie sich die Manstelder Gewerkschaft zu wertigen beliebt. Sie sagt, die Gewerkschaften sind sozialdemokratische Einrichtungen. Wo das richtig ist, lasse man einen dahingehen. Aber auch wenn das der Fall wäre. Was geht das Gewerkschaft an? Was würde man nicht dazu sagen, wenn die Arbeiter einmal verlangen, den Unternehmer sollen aus ihren Kontoren, oder anderen Verbänden austreten? In allen Klassen steht ein gewisser Keisergott, den man auch bei den Arbeitern anerkennen sollte. Bei der Handlungsweise der Manstelder Gewerkschaft, der Aufregung von 40 guten Kameraden des Angeklagten, ist die Entrüthung des Schöffengerichts über die Tat gar nicht angebracht. Die Strafammer möge das Urteil aufheben und die Gefängnisstrafe in eine Geldstrafe umwandeln.

Das Reichsgericht folgte aber dem Eintrage des Staatsanwalts und verurteilt die Verurteilung mit dem Hinweis, es liege demnach Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung, wie Verdrohung vor.

Das Verurteilungsurteil spricht ebenso wie das Schöffengerichtsurteil dem gelunden Rechtsempfinden des Volkes Hohn. Man siehe doch nur einen Verdrück: Gewalttätig wird durch ein brutales Unternehmertum den Arbeitern ein gewöhnlich gewöhnliches Recht verweigert, zahlreiche Familienruhm werden wegen Ausübung dieses Rechtes kurz vor Eintritt des Winters mehrerträglich dem Hunger überlassen, und als sich der schließliche Sinn ihrer Arbeitshilfen, geschweizer reibstauer Bergbauern dagegen amputiert, legt man ihnen Fintenzläufe und Kitzelführer auf die Brust. Dies „Unrechtserweise“ darf den armen „ungebildeten“ Arbeiter aber nicht etwa erregen. Rührt er sich zu einer unbedachten Meufierung gegen einen Kameraden, der nicht sozialistisch fühlt und handelt, hinein, dann warten seiner Urteile, wie das des Reichsgericht Schöffengericht und der — Halle'schen Strafammer. Rührt sich jenes noch aus Ort und Situation des Reichsgericht erklären, so empfindung dieses ganz allein dem der Arbeiterbewegung feindseligen Halle'schen Justizgericht.

Das Verurteilungsurteil ist wirklich ein sprechendes Zeichen für die Halle'sche Justiz. Gründe existieren für sie nicht, wenn Klassenbewußte oder zum Klassenbewußtsein erwachende Arbeiter in ihre Hände geraten. Sie kennt nur Buchstaben, aber keinen Sinn der Gesetze. Für sie gibt es nur „Halle“, aber keine diesbezüglichen Lebensfälle mit unerbittlichen Leiden Zusammenhängen. Für sie gibt es nur „auffällige Arbeiter“, aber keine bestenden Profokriterien, die naturgemäß aus ihrem Mitleid heraus, aus ihrer Lebensweise, ihren Erfahrungen ein ganz besonderes Denken sich eignen mußten. Die Halle'sche Justiz ist nicht nur in Ausübungen (siehe Voccaccio-Urteil), sondern auch in Anordnungen und politischen höchst einseitig und verbitenlos, sie ist eine objektive Klassenjustiz in des Wortes verwegener Bedeutung. Das alles zeigt wieder dieses Manstelder Strafurteil, das ein Kopfschütteln in ganz Deutschland herozufen wird.

Brandes durch Rauch und Schmutz

Sie infolge des

beschädigten Waren,

hauptsächlich

# Winter- und Sommer-Konfektion,

Jacketts — Blusen — Röcke — Kostüme —  
Plüsch-Paletots — Pelze — Kinder-Konfektion etc. etc.

kommen jetzt **sehr billig** zum Verkauf.

Bitte die Auslagen zu besichtigen.

5/0 in Marken des Rabatt-Spar-Vereins gewähre auch während des Ausverkaufes.

# M. Schneider, Leipzigerstrasse 94.





# 2. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 4

Halle a. S., Donnerstag den 6. Januar 1910

21. Jahrg.

## Ein Zeitungshandel.

Die Nachricht, daß die Berliner Ztg. Rundschau aus dem Besitz des Bibliographischen Instituts in Leipzig in den der nationalliberalen Partei übergegangen sei, hat sich zunächst noch nicht als richtig erwiesen, doch steht fest, daß Verkaufsverhandlungen im Gange sind. Das nationalliberale Zentralbureau beschäftigt den Münchener Redakteur Wagner mit der Aufgabe, daß es die Erneuerung jenes Blattes ins Auge gefaßt habe. Der scheidende, kaum noch zu verfallende Inhalt des bisherigen Berliner Organs der nationalliberalen Partei, der Redaktionsleitung, wird damit offen zugegeben, und es ist anzunehmen, daß der unrichtigen Effizienz dieses herabgekommenen Zeitungunternehmens demnach ein jäherliches Ende bereitet werden wird. Die Nationalzeitung, die als ausgefallener Ableger der gleichfalls ausgefallenen freirepublikanischen Post dahingeht, soll in der letzten Zeit, wie glaubhaft berichtet wird, nur mehr 700 bis 800 Exemplare tägliche Auflage gehabt haben. Sie konnte sich nur dadurch mühselig über Wasser halten, daß sie zur Zeit ins Auge gefaßt wurde. Auch die Post ist ein Blatt ohne Bedeutung, sie lebt von einem verschänten Blatt, der so betrieben wird, daß man reiche Unternehmer mit Hinweis auf die gute Gestaltung des Blattes veranlaßt, das Blatt in zahlreichen Exemplaren zu Makulaturzwecken zu abonnieren.

Es ist also hier begreiflich, daß die nationalliberale Partei mit ihrem Berliner Organ nicht in dieser Weise verfahren werden will. Die Ztg. Rundschau wäre für sie keine gute Erneuerung. Denn dieses Blatt hat sich durch seine zahlreichen Mitarbeiter, die ihm vom Bibliographischen Verlag zur Verfügung standen und durch eine geschickte Redaktion einen nicht unbedeutenden Reichtum zu erwerben vermocht. D. H. und seine Beamten gehören zu seinen wichtigsten Kräften. Die Politik des Mittelwertens unter der alten und neuen Leitung, des abendlichen Verbandes und des Sonntagabend Banns haben in der Ztg. Rundschau seit je eine ungewöhnlich gemachte Vertretung gefunden. Dazu trat aber eine ausgiebige Porzellanantifaschistische Stimmung, die sich in recht geschmacklosen Berichtigungen dreimaligen durfte. Neben Engländern, Franzosen und Juden gilt der Kampf der Ztg. Rundschau nützlich besonders der Sozialdemokratie, die in einem ziemlich platten Stil still bewirgt wird. Politisch ist also das Blatt in seiner heutigen Gestalt nicht ernst zu nehmen, und gar von „Liberalismus“, sei es auch nur in der dünnen Bekleidung, kann schon gar keine Rede sein. Nun verdammt die Ztg. Rundschau aber gerade ihren Mangel an politischem Ernst, ihrem Familienblatt und Fortschrittlichkeit ihren Erfolg in sogenannt „intellektuellen“ Kreisen. Mit dem nationalliberalen Ernst, der mit einer gewissen lebendigen Kritik nicht verbunden zu sein pflegt, würde nachteilig auch im Sinne der Ztg. Rundschau der Fortschritt zu bekennen. Für ein nationalliberales Organ steht in Berlin das Massenpublikum, die Bevölkerung ist radikal gesinnt. Sie läßt sich sogar den unparteilichen Scheit nicht mehr abfallen und wendet sich den Mitteln zu, die links von offiziellen Parteien stehen. Nur solche Blätter, die diesen Massenlagen.

## Gewerkschaftliches.

### Bewegungen in Löhnergewerke.

In Striebeck. Schl. ist am 3. Januar ein allgemeiner Arbeitertag ausgeschrieben. Die Schiffe hatten den alten Schichttarif festgesetzt und den Unternehmern eine erhöhte Tarifvorlage unterbreitet, deren Annahme jedoch von den Unternehmern abgelehnt wurde. Diese machten demnach eine Gegenvorlage und erklärten, daß die darin enthaltenen Zugeständnisse das Reuzerliche seien und eine etwaige nochmalige Verhandlung von vornherein abgelehnt werde. Bei näherem Zusehen entpuppte sich das „Zugeständnis“ der Herren als eine Verhöhnung des früheren Tarifverhältnisses, weshalb die Schiffe am 3. Januar einmütig die Arbeit niederlegten. Die Situation liegt günstig, Arbeitswillige sind nicht vorhanden. Zugang von Töpfen nach Ditzschberg ist fernabzuhalten.

Die Lohnbewegung der Drechener Löhner und Hülfsarbeiter ist immer noch nicht erledigt. Die Unternehmer machen vor allem in der Lohn- und Tariffrage für die Hülfsarbeiter Schwierigkeiten. Die Verhandlungen werden noch weiter geführt.

### Tarifdifferenzen der Granitarbeiter im Odenwald.

Etwa 800 Granitarbeiter des Odenwalds stehen in Tarifverhandlungen. Der Beitrittstarif für die Orte Heppenheim, Sonderbrunn, Kirchhain und Densbach ist am 1. Januar abgelaufen. Um die Arbeiter „gezügelter“ zu machen, erhielten 150 ihre Kündigung, darauf kündigten die 150 „Schlichter“ Granitarbeiter ebenfalls, denn die Unternehmer wollten mit dieser Kündigung die Einigkeit der organisierten Granitarbeiter fördern. Die Granitarbeiter haben hierbei Taktik schon im Jahre 1908 unterlassen. Damals glückte es ihnen, weil unangünstige Verhältnisse die Arbeiter zum Nachgeben zwangen; die Kälte war damals groß, was natürlich für die Granitarbeiter sehr ungünstig ist. Die Unternehmer schätzen jetzt Arbeitsmangel vor, legen jedoch, wenn sich die Arbeiter ihrer Intentionen fügen, dann werden die Kündigungen wieder zurückgenommen. Damit sind aber die Arbeiter nicht einverstanden. Die Granitarbeiter allerorts werden daher gebeten, Arbeitsangebote aus dem Odenwald abzuweisen.

### Durch Schaden find geworden.

Seit 3 Jahren besteht ein Tarifvertrag für die Arbeiter des inneren Betriebes der Brenner- und Breßlerfabrik B. Rauter in Elfen, die sämtlich dem Brauereiarbeiterverband angehören. Das Personal war trotz aller Bemühungen nicht zum Eintritt in die Organisation zu bewegen; es glaubte noch an die Garantie der Interessen und hoffte auf solche Lohnverbesserungen auch ohne die Organisation. Diese blieben aber aus. Sie blieben auch aus bei der kürzlich erfolgten Erneuerung des Tarifvertrages für die übrigen Arbeiter. Das brachte die Fabrik zur Erkenntnis, daß auch sie sich der Organisation anschließen müßten, und nachdem sie dieses getan, wurden in einem Nachtrag zum Tarifvertrage ihre Löhne um 2,50 bis 4,50 Mk. pro Woche erhöht; auch erhalten sie bei Touren, wo sich ein Lohnernachteil notwendig macht, 3 Proz. Verzicht, ferner haben sie abwechselnd einen freien Sonntag. Die übrigen Bestimmungen des Vertrages finden auch bei der Fabrik Anwendung.

So sind gewerkschaftliche Erfolge die beste Belohnung der Anstrengungen, und es besteht kein Grund, sich wieder der Esfabungsfähigkeit, daß ohne Organisation nichts zu erreichen ist.

## Aus den Nachbarkreisen.

### Achtung, Bergarbeiter im Mansfelder Revier!

Am Beginn des neuen Jahres wird jeden Donnerstag Rechtschutz erteilt, und zwar

in Wismar vormittags von 10-12 Uhr, in Wolke nachmittags von 8-5 Uhr und in Wittenberg abends von 6 1/2-9 1/2 Uhr.

Die Kameraden wollen dieses genau beachten, damit ihnen unnütze Wege erspart bleiben.

Wittenberg, 5. Januar. Augenbildungsbereize. Die Ausschuhmittler und Beschäftigten werden erlucht, sich vollständig an den am Mittwoch, den 6. Januar, stattfindenden Diskussionsabend zu beteiligen.

Wittenberg, 5. Januar. Theater. Die Vereinigung Dresdener Bühnenkünstler hält ihren einmaligen Gastspielabend am Sonntag, den 3. Januar, im Volkshaus ab. Die Direktion hat weder Kosten noch Mühen gescheut um durch Zusammenstellung eines erstklassigen Verbands selbst dem vernünftigen Geschmack Rechnung zu tragen. Schaupielser von gutem Namen, wie z. B. Emma Ritter vom Dresdener Schauspielhaus, Armin Faber vom Leipziger Schauspielhaus und Camillo Randolph, ein Mitglied des Dresdener Theaterensembles, sind die Träger der Hauptrollen. Hierzu geht ein reizendes Schühnspiel in Szene, „Die Hochzeit“ von H. Heuberg; nach diesem ein Schauspiel, betitelt: „Der Verbrecher“. In diesem Stück spielt Camillo Randolph neben Rollen, darunter eine weibliche Charakterrolle. Das Besondere der Rolle ist bei Camillo Randolph gänzlich Nebenache, der sensationelle Schwerpunkt liegt vielmehr in der höchst interessanten Rollenentwicklung und der geradezu fabelhaften Charakterisierungskunst Randolphs. Es kann ein Besuch dieser Vorstellung nur angelegentlich empfohlen werden.

Raumburg, 5. Januar. 800 Mk. Besoldung. Die Eisenbahndirektion in Erfurt macht folgendes bekannt: Am 2. Januar d. J. ist der planmäßige um 1.06 Uhr nachmittags in Raumburg einreisende Personenzug 674 zwischen den Stationen Freyburg a. U. und Gleisnitz dadurch gestört worden, daß bei km 50 ein etwa 0,50 Meter langer und 0,70 Meter breiter Kohlenstoßen auf die rechte Schiene gestemmt und bei km 4,7 ein etwa zentnerschwerer

Stein auf dieselbe Schiene aufgelegt war. Auf die Entdeckung des Täters oder der Verleihen, welche den verbrecherischen Vorfall auf vorgenommener Vernehmung ausgeführt haben, wird hierdurch eine Belohnung von 800 Mk. ausgesetzt. — Graunitz ist berichtet, daß der Lokomotivführer die drohende Gefahr rechtzeitig bemerkte und den Zug zum Halten brachte. Auch dem Reizierten des nächsten Zuges hatten die Breiter große Steine und eine eiserne Schaufel auf die Schienen gelegt. Sofortige gelang es recht bald, den oder die gemeingefährlichen Subjekte festzunehmen.

Wittenberg, 5. Januar. Ein Gewerkschaftler ist für Gemeinbetriebe und gewerbliche Arbeiter in allen das Arbeitsverhältnis berührenden und in gewerkschaftlichen Fragen jeden Donnerstag — sofern derselbe nicht auf einen Freitag fällt — in den Stunden von vormittags 9-12 Uhr und nachmittags von 3-7 Uhr, sowie auch an Sonntagen vormittags, außerhalb der Zeit des öffentlichen Gottesdienstes, in seinem Amtsamt, Alterstraße Nr. 18, zu sprechen. Sonntags ist vorherige Anmeldung erforderlich.

Wittenberg, 5. Januar. Ein verbrecherischer Heber 1911 wurde am Freitagabend gegen 10 Uhr gegen den Wittenberger Säubertisch verurteilt. Säubertisch, ein alter Mann von 76 Jahren, hatte sich bereits zur Flucht begeben, als es an den Heberblenden konnte und er aufgeführt wurde; die Tür zu öffnen. Nichts Gutes ahnend, machte Säubertisch Licht, zog sich an, hellte sein Licht auf die Treppe und wollte zum Dachboden hinauf nachsehen, aber noch so hat Entschloß. Unterdessen hatte ein Mann von unterer Gestalt die marische Postur eingebracht; die Haustür geöffnet und als Säubertisch die Treppe wieder herunterkam, erhielt er mit einem Knüttel drei Schläge auf den Kopf, wovon einer, da Säubertisch zum Schute die Hand hoch hob, diese traf. Da der Knüttel ziemlich leicht war, konnte der Unhold nicht so recht zum Schutze ausweichen, und diesem Umstand ist es wohl zu verdanken, daß der Heberfallene bei Besinnung blieb und kräftig um Hilfe rufen konnte, wodurch der Spüßbock veranlaßt wurde, auszuweichen. Der Nachbar hörte die Hilfe, eilte herbei und behielt dem nach Säubertisch zu Gefährlichkeit gefahrenen Säubertisch nicht nach, konnte der Unhold nicht so recht zum Schutze ausweichen, und diesem Umstand ist es wohl zu verdanken, daß der Heberfallene bei Besinnung blieb und kräftig um Hilfe rufen konnte, wodurch der Spüßbock veranlaßt wurde, auszuweichen. Der Nachbar hörte die Hilfe, eilte herbei und behielt dem nach Säubertisch zu Gefährlichkeit gefahrenen Säubertisch nicht nach, konnte der Unhold nicht so recht zum Schutze ausweichen, und diesem Umstand ist es wohl zu verdanken, daß der Heberfallene bei Besinnung blieb und kräftig um Hilfe rufen konnte, wodurch der Spüßbock veranlaßt wurde, auszuweichen. Der Nachbar hörte die Hilfe, eilte herbei und behielt dem nach Säubertisch zu Gefährlichkeit gefahrenen Säubertisch nicht nach, konnte der Unhold nicht so recht zum Schutze ausweichen, und diesem Umstand ist es wohl zu verdanken, daß der Heberfallene bei Besinnung blieb und kräftig um Hilfe rufen konnte, wodurch der Spüßbock veranlaßt wurde, auszuweichen.

Wittenberg, 5. Januar. Wichtig für Schweinebesitzer. Die Polizeiverwaltung macht bekannt, daß die Kadaver der an Schweinefleisch über Schweinefleisch gefahrenen Schweine nicht früher nach der Abdeckung gefaßt werden dürfen, bevor die veterinär-polizeiliche Besichtigung der Leiche durch den bestamten Tierarzt erfolgt habe; die Erlaubnis zum Fortschaffen der Kadaver erteilt ist. Überbetretungen dieser Vorschriften sind mit Strafe bedroht.

Schraplau, 4. Januar. Viel Streit um einen Schwinefleisch. Einem Lehrer in Schraplau, am 1. September v. J. ein Expositum am Postamt vorkam. Er wollte den Kadaver an den Abwehrbesitzer Wilhelm Böhle in Eigenbesitz abgeben, erhielt aber die polizeiliche Weisung, ihn an die Abwehr in Neudorf zu liefern, da der Kollegen ein Dampfmaschinen fahre. Als der Böhle das Woche des Schwinefleisch wollte, wurde er durch einen Postbesitzer am Aufhaben verhindert. Am Nachmittag traf Böhle mit dem Sergeant in einem Waldhaus an. Er sprach den Beamten sehr erregt an und schlug mit der Faust so heftig auf den Tisch, daß die Biergläser beinahe umfielen. Unter andern machte er die Bemerkung, der Sergeant und der Bürgermeister könnten die Sache nicht, er wolle sie ihnen aber noch beibringen. Hätte er nicht fast seines Cobines das Schwein abgeholt, so würde er es trotz des Verbotes aufgeben haben, und mit dem Schwein zusammen gleich die ganze Polizei mit Inzige dieser Behauptungen nach Böhle vom Schöffengericht in Eisenberg zu 50 Mark Geldstrafe wegen öffentlicher Beleidigung des Bürgermeisters und des Postbesizers verurteilt worden. Hiergegen hefte er Berufung eingelegt, weil ihm die Strafe zu hoch erschien. In der Berufungsverhandlung führte kein Verteidiger aus, Böhle sei ursprünglich Wauer gewesen und vermöge seine Abwehr wegen Mangel eines Dampfmaschinen nicht verurteilt zu werden, um so weniger, als er aus diesen Gründe durch Schraplauer Polizeierhalte, die nach Ansicht des Verteidigers unzulässig seien, wieder bestraft und bestraft werde. Böhle fügte sich daher durch die Schraplauer Polizei schlichter und befand sich deshalb gegen ihn in begreiflicher Erregung. Die Strafkammer fand aber die vom Eisenberger Schöffengericht verhängte Geldstrafe angemessen und verwarf die Berufung.

Wittenberg, 5. Januar. Ein Unfall ereignete sich auf der Kupferhammer-Waldhütte. Der Güttenarbeiter Karl Witt von hier wurde durch eine Eisenlange geschlagen und erlitt einen Rippenbruch.

# Loewendahl's „Grosser Verkauf“ hat nicht seinesgleichen!

Er gibt moderne gute Sachen viel billiger, als man sonst zurückgesetzte kauft!



Abendmäntel • Paletots • Jacketts • Umhänge • Kragen • Kleider für jeden Zweck • Röcke u. Blusen aller Art • Kindersachen.

Man sehe die Fenster!

Gelehrte, 5. Januar. Fortschritte überall. Am Sonntag...

Bitterfeld, 5. Januar. Der Wallon Bitterfeld unter...

Hofen, 5. Januar. Von der G. S. H. Fabrikerei. Einige...

Wittenberg, 5. Januar. Die leistungsfähige Spielerei...

Wagberg, 5. Januar. Eine neue Flugmaschine. Von...

Schmalen, 5. Jan. Die gepfändeten Weichhäute...

Schiff, 5. Januar. Verhafteter Expresseur. Die...

Empfehlung, 5. Januar. Riegevereins-Ser...

Ob es wohl Besorgtheitsvernehmungen und eine Frauen-

Verkehr, 5. Januar. Die leistungsfähige Spielerei...

Wagberg, 5. Januar. Eine neue Flugmaschine. Von...

Schmalen, 5. Jan. Die gepfändeten Weichhäute...

Schiff, 5. Januar. Verhafteter Expresseur. Die...

Empfehlung, 5. Januar. Riegevereins-Ser...

Der Todesfall des Kaisers. Paris, 4. Januar. Der Kaiserin Delagrave ist bei...

Cholera und Boden. Christiania, 4. Januar. Der gestern von Moser in...

Wußliche Willkürbestrafen. Genf, 4. Januar. Vier wurden gestern drei Aussen...

Lebensdrögen. Berlin, 4. Januar. Der schwedische Ingenieur...

Silbervergehen in Bayreuth. Bayreuth, 4. Januar. Aus der polizeilichen Statistik...

Weim Ertrunken. Greig, 4. Januar. Auf dem Wege des Fisches in Cuns...

Strafgericht. Frankfurt a. M., 4. Januar. Die Straffammer...

Barenhausbrand. Wien, 5. Januar. Nach hier aus Wina eingetroffenen...

Zur Gründung einer eignen Presse im Zeiger Kreise. Dresden, 4. Januar. Von der Ertrator des Arbeiter-

Gerichtssaal. Schöffengericht.

Knechtlicher Vot. Ein 31jähriger Juvale war im...

Die englische Krankheit der Schlingel bewirkt, besonders...

12) Eile. Nachdr. verb. Eine Weihnachts- Erzählung von Alexander P. Nielland.

Fröhliche Weihnachten! sagte die Frau Polizeimeister.

Anwandschen hatte sich auch der Kaplan der Gruppe...

homs Bande, hätte ich bei einem Haas gesagt: Sie meinen...

